

02 | 2019

■ Pionierstadt für GWÖ 03

■ Neue Zonengrenzen im VVS 04

■ Kitas gratis? 06

■ Radverkehr: Die Wende hat begonnen! 07

■ Stadtraumgestaltung größer gedacht 08

■ Vertical Forests? 12

■ Sinnvolle Maßnahmen
für saubere Luft 13

■ S 21: viele ungelöste Fragen 14

■ Parklets und Radgaragen 15

■ Naturschatz Wald 21

■ Aus den Bezirken:

Abholzungen – Kulturinsel Neckarpark
– Modellquartier Olga-Areal – ... 23

■ Woran erkennt man, dass
Kommunalwahl ist? 28

RÜCK- UND AUSBLICK

Streiten für den Klimaschutz

■ **FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES STUTTGART** | In den vergangenen fünf Jahren haben wir – 14 grüne Stadträt*innen – zwei Doppelhaushalte maßgeblich gestaltet und mit wichtigen Zielbeschlüssen die Weichen für ein zukunftsfähiges Stuttgart gestellt. Nicht immer konnten wir für unsere Ideen Mehrheiten finden. So lehnten CDU und SPD die aus unserer Sicht so wichtigen, mit Finanzmitteln in Höhe von 55 Millionen Euro hinterlegten Maßnahmen zum Klimaschutz schlichtweg ab. Gut, dass die Haushaltsvorlage der Verwaltung und des Oberbürgermeisters bereits viele gute und wichtige Maßnahmen enthielt. Wir hätten gerne mehr gemacht und werden auch beim Haushalt 2020/21 für den Klimaschutz streiten. Leider haben viele im Rat noch immer nicht verstanden, dass es klimaschädlich ist, wenn wir wertvolle Böden in der Stadt zubauen, die Baumschutzsatzung nicht ausweiten oder

Parkplätze über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stellen. Dass diese Zukunftsaufgabe in der globalen Betrachtung *die* soziale Frage schlechthin ist, haben wir vergeblich versucht, den Kolleg*innen der SPD zu buchstabieren.

WIR GRÜNEN MACHEN UNS WEITERHIN STARK FÜR MEHR GRÜN: | Parks und Grünflächen in der Stadt erhalten und ausweiten, wichtige Frischluftschneisen und Luftaustauschbahnen freihalten, unsere Stadtbäume besser schützen. Vielleicht stimmen CDU und SPD im nächsten Haushalt endlich zu – zum Wohle des Stadtklimas. Genügend Lippenbekenntnisse gab es ja bei der Debatte zum Klimaschutz. Wem wir diese Bekenntnisse wohl verdanken – dem Druck der jungen Menschen, die jeden Freitag laut für ihre Zukunft demonstrieren, oder dem Wahlkampf? Wir werden die Kolleg*innen daran erinnern, ■ ■ ■ ■

Auch vor dem Stuttgarter Rathaus streiken Hunderte Schüler*innen. Leider ist das nötig – wir Grünen im Gemeinderat sehen das auch so.



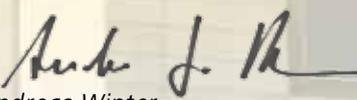
EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ dieses STADTBLATT ist ein Blick zurück und zugleich ein Ausblick auf unsere Ziele und Herausforderungen in den kommenden Jahren. Kaum zu glauben, dass wir erst vor kurzer Zeit um Standorte für Unterkünfte für Geflüchtete gerungen haben. Mancher Standort war umstritten, und es gab Sorgen um das gute Miteinander, aber auch große Hilfsbereitschaft und Engagement. Überall in Stuttgart gründeten sich Freundeskreise, und die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in der Landeshauptstadt leisteten einen unglaublichen Beitrag zur **MENSCHLICHKEIT IN UNSERER STADT**.

Die Integrationsleistungen müssen und werden weitergehen. Im Rat haben wir all die notwendigen Beschlüsse in großer Einmütigkeit gefasst. Einzig eine damals noch bestehende Fraktion der AfD hat gegen viele Beschlüsse gestimmt. Die Herren haben sich mittlerweile selbst zerlegt und gezeigt, dass Hass und Hetze kein tragfähiges Band zwischen Individuen sein kann.

Seither ist viel passiert, und die Themen Stadtgestaltung, Verkehrswende, Klimawandel und Schaffung von Wohnraum bestimmen die Debatten und Auseinandersetzungen. Ich finde es gut, wenn sachlich über das Wie eines notwendigen Wandels gestritten wird und damit auch unterschiedliche Entwürfe sichtbar werden. Wir haben in dieser Ausgabe des STADTBLATTs einige unserer Ideen und unserer Anträge dargestellt. Wenn Sie immer „up to date“ sein wollen, empfehlen wir Ihnen unsere Internetseite: lust-auf-stadt.de. Bleiben Sie uns mit Lust auf Stadt gewogen. Ihr/Euer


Andreas Winter

ihren Worten Taten folgen zu lassen. Zum Beispiel im neuen, von uns angestoßenen Waldgremium.

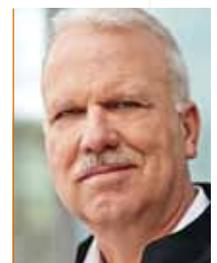
LANGER ATEM BEI DER STADT- UND VERKEHRSPLANUNG | Wir freuen uns, dass unsere Ideen für eine zukunftsfähige Stadtplanung allmählich Form annehmen. Der von uns initiierte Zielbeschluss „Lebenswerte Innenstadt“ führt Stuttgart weg von der autogerechten Stadtplanung der Vergangenheit: Das gesamte Stadtzentrum wird Schritt für Schritt vom Verkehr entlastet. Innerhalb des Cityrings werden oberirdische Parkplätze abgebaut und es gibt Platz für Menschen und Begegnungen. Um Lärm und Stress durch Stau zu verringern und die Luft in Stuttgart zu verbessern, setzen wir uns für intelligente Verkehrskonzepte ein. Nur so können auch weitere Fahrverbote vermieden werden.

STARK FÜRS RAD UND DEN ÖPNV, FÜR ÖKO-ANBAU UND GRÜNE ENERGIE | Um unseren Nahverkehr zu stärken, haben wir zusätzliche Stadtbahn- und Expressbuslinien eingeführt und lassen beim Thema Busspuren nicht locker. Wir haben die Mittel für den Radverkehr auf 5,6 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt. Der Zielbeschluss „Fahrradstadt Stuttgart“ wird uns beim Haushalt 2020/21 entschieden weiterbringen. Und wir haben es geschafft, eine alte grüne Forderung umzusetzen: die VVS-Tarifzonenreform. Das macht den ÖPNV einfacher und günstiger und den Umstieg auf die Öffentlichen noch attraktiver! Gelungen ist uns auch ein großer Schritt hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft. Wir haben uns für ein Glyphosatverbot auf Stuttgarts Äckern eingesetzt. Die CDU über-

zeugten wir, einen Anteil von 25 Prozent Bio-Essen für unsere Schulkantinen zu beschließen. Dabei geht es uns um gesündere Ernährung, ums Grundwasser und darum, dass ökologisch bearbeitete Böden mehr Humus bilden und so CO₂ binden. Um Stuttgart auch beim Thema Energieerzeugung klimafreundlich aufzustellen, haben wir uns für die kommunalen Stadtwerke stark gemacht und unterstützen die Verwaltung, klimaneutral zu werden. Im Moment produzieren 100 PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden jährlich 4,7 Millionen Kilowattstunden an erneuerbarem Strom und sparen 2.756 Tonnen CO₂ ein. Sehr gut – aber da geht noch mehr!

FÜR WOHNEN, BILDUNG, ZUSAMMENHALT! | In 13 Baugebieten entstehen in den nächsten Jahren 5.500 Wohnungen. Allein die SWSG wird 2019 rund 775 neue Wohnungen bereitstellen – ohne Grünflächen zu versiegeln. Wir haben Familien unter die Arme gegriffen und Kita-Gebühren gesenkt, Bildungs- und Betreuungsangebote ausgebaut, in deren Qualität investiert und das Zusammenleben von Alt und Jung erleichtert. Unvergessen bleibt für uns die Hilfsbereitschaft der Stuttgarter*innen, als es darum ging, geflüchtete Menschen aufzunehmen. Das ist gelebte Willkommenskultur! Wir arbeiten daran, Stuttgart für uns und kommende Generationen zukunftsfähig, menschenfreundlich und ökologisch aufzustellen. | **DESHALB BRAUCHT ES STARKE GRÜNE IM RATHAUS.**

Andreas Winter



Tanzstadt Stuttgart: Das „Stuttgarter Ballettwunder“ bekommt endlich den lang ersehnten Neubau der John-Cranko-Schule. Foto: Fintan Oehler, Praktikant in der Geschäftsstelle





STUTTGART LIEBT LASTENRÄDER

In Stuttgarts Innenstadtbezirken gibt es jetzt eine clevere und alltagstaugliche Auto-Alternative für Großeinkäufe und Familienausflüge: zehn Lasten-Regio-Räder mit elektrischer Unterstützung. Dass Lastenräder in Stuttgart besonders beliebt sind, hat der Run auf das Förderprogramm „E-Lastenräder für Stuttgarter Familien“ letztes Jahr gezeigt. Für uns Grüne Grund genug, das E-Lastenräder-Programm fortzuführen und dafür zu sorgen, dass es in den Quartieren künftig auch Abstellmöglichkeiten gibt.



Foto: Redaktion

LEITBILD

Pionierstadt für Gemeinwohl-Ökonomie

Stuttgart traut sich was: Als erste Landeshauptstadt der Bundesrepublik haben wir das GWÖ-Konzept zum Leuchtturmprojekt gemacht.

Vom 3. bis 5. Mai trifft sich die internationale Delegiertenversammlung der jungen Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) in Stuttgart. In den Jahren zuvor fand sie in Paris, Lissabon und Madrid statt. Dass nun unsere Stadt ausgewählt wurde, freut uns Grüne sehr. Hauptgrund dafür: Wir haben es geschafft, das eher unbekanntes Konzept der GWÖ als Leuchtturmprojekt zu etablieren. 2017 wagten vier städtische Betriebe den Einstieg in die GWÖ. Zwei davon durchliefen den herausfordernden Prozess der Gemeinwohlbilanzierung.

GUTE ERSTE ERFAHRUNGEN: |

„Die Gemeinwohlbilanz hat uns einen Anstoß zu mehr Beteiligung und bewussterem Handeln gegeben und soll künftig dabei helfen, uns noch fairer, nachhaltiger und zukunftsfähiger aufzustellen“, meint Sabine Bergmann, Geschäftsführerin des Eigenbetriebs Leben und Wohnen. Auch Frank Endrich, kaufmännischer Leiter der Stadtentwässerung Stuttgart, hat sich mit seinem Team für die Gemeinwohlbilanzierung des 350 Mitarbeiter*innen starken Unternehmens engagiert: „Dank unserer Gemeinwohlbilanz haben wir einen zusätzlichen Blick auf unseren Stadtentwässerungsbetrieb erhalten. In unserer neuen Strategieausrichtung haben wir uns für die Bereiche Darlehensaufnahme, nachhaltige Beschaffung, Kundenbefragung und Mitarbeiterführung ganz konkrete Ziele zur Weiterentwicklung unserer Gemeinwohlbilanz gestellt. Darauf sind wir stolz.“

Die Wirtschaftsförderung der Stadt hat viele hochkarätige Veranstaltungen zum Thema GWÖ angeboten. Sie wurde beauftragt, das Konzept „Nachhaltigkeit und Gemeinwohl“ weiter in die Stuttgarter Unternehmerschaft zu tragen, und freut sich derzeit über sieben Klein- bis Mittelständler, die dank dem Programm der Stadt eine geförderte Einstiegsbilanz vollziehen.

PLUS- UND MINUSPUNKTE, VOM GROSSEN BIS INS KLEINSTE | Bei einer Gemeinwohlbilanz wird bemessen und begutachtet, wie sich das Unternehmen auf das allgemeine Wohl auswirkt; konkret: auf Menschenwürde, ökologischen Fußabdruck, soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Mitbestimmung. Dabei betrachtet man nicht nur die Produkte oder Leistungen, sondern auch die eigenen Mitarbeiter*innen, die Kund*innen, Lieferant*innen, die gesamte Gesellschaft. Es werden positive und negative Punkte bilanziert. Wer zum Beispiel faire und biologisch erzeugte Produkte in der Kantine serviert oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, erhält Pluspunkte. Negativ wirkt sich aus, wenn Unternehmen Geld aus Fonds beziehen, die fossile Energien vorantreiben.

In Zeiten des Klimawandels und des Artensterbens könnte das Konzept der GWÖ in den Bereichen Energie (gemessen am CO₂-Ausstoß) und Landwirtschaft (Einsatz von Pestiziden oder Dünger) eine schnelle Wende einläuten. Wer sich „vorbildlich“ verhält –

etwa Bio-Landwirtschaft betreibt –, sollte belohnt werden. Steuerlich schlechtergestellt werden könnten Betriebe, die etwa Tiere aus Massenproduktion verarbeiten. Wichtig wäre auch, die Vergaberichtlinie für öffentliche Aufträge zu überarbeiten und messbare Gemeinwohl-Punkte einzuführen. Damit wären wir auf der Ebene der EU angelangt. Dorthin will ich, falls ich bald als Europa-Abgeordnete wirken sollte, die Erfahrungen unseres Pionierprojekts in der Kommune mitnehmen.

EINE WENDE IN RICHTUNG KLIMASCHUTZ. AUF ZUR GEMEINWOHL-GEMEINDE! |

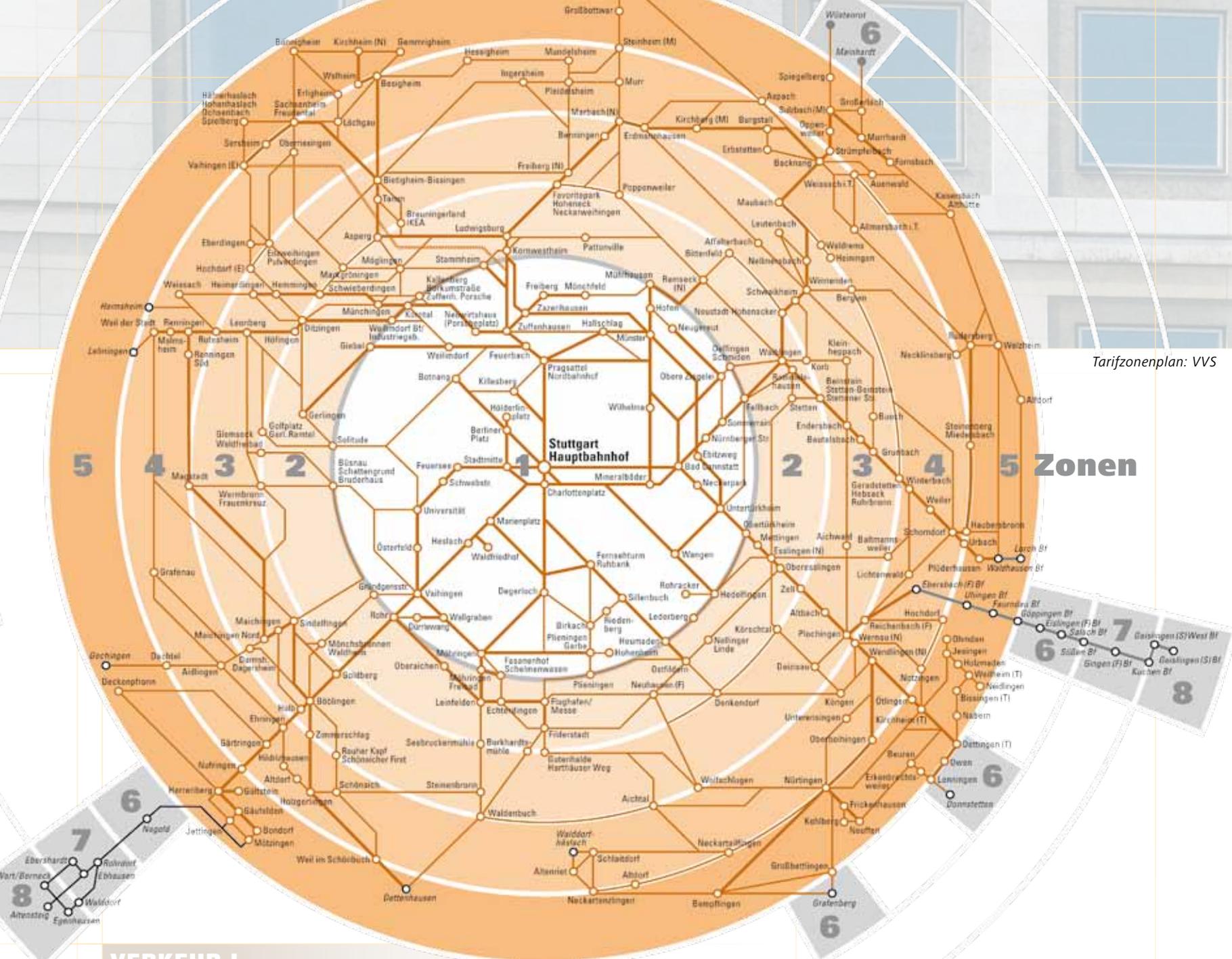
In Stuttgart können wir unsere eigenen Verwaltungseinheiten bilanzieren lassen – lasst uns diesen „tiefen Nachhaltigkeits-Check“ angehen und Gemeinwohl-Gemeinde werden! Im Bereich Partizipation können wir, etwa durch den Bürgerhaushalt, gute Fortschritte vorweisen. Der am Gemeinwohl orientierte Dialog mit der Bürgerschaft liegt also auf der Hand.

Wir müssen dringend lernen, neue Wirtschaftswege einzuschlagen, um eine Chance zu haben, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen. Die Werte und Methoden der Gemeinwohl-Ökonomie können dabei eine große Rolle spielen.

ICH FREU MICH RIESIG AUF DIE KONFERENZ! |

Anna Deparnay-Grunenberg





Tarifzonenplan: VVS

VERKEHR I

Runde Sache: Neue Zonengrenzen im VVS

In und um die Landeshauptstadt herum ist das Aufspringen und Umsteigen auf Bus und Bahn seit dem 1. April leichter geworden. Der Tarifschunzel hat sich gelichtet, und die Ticketpreise sind zum Teil deutlich gesunken.

■ Jahrzehntlang war Stuttgart eine im öffentlichen Verkehr geteilte Stadt. Wer mit der Stadtbahn vom Marienplatz nach Kaltental wollte, mit dem Bus vom Neckarpark in den Stuttgarter Osten oder mit der S-Bahn vom Hauptbahnhof nach Feuerbach, der musste eine Zonengrenze überwinden und folglich ein Ticket für zwei Zonen lösen. Diese teure Trennung unserer Stadt in zuletzt noch zwei Tarifzonen ist nun endlich vorbei. Seit 1. April 2019 hat Stuttgart wie die meisten anderen Großstädte Deutschlands im öffentlichen Verkehr nur noch eine einzige Tarifzone.

Außerdem wurden die insgesamt mehr als 50 Tarifzonen im gesamten Gebiet des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) auf jetzt nur noch fünf Ringzonen reduziert. Das Tarifsysteem ist damit deutlich einfacher und übersichtlicher geworden und führt zu teilweise erheblichen Preissenkungen für die Kundinnen und Kunden des VVS.

WIRD AUCH DIE EIGENE HAUSSTRECKE BILLIGER? TARIFCHECK LEICHT GEMACHT | Wer sich davon selbst überzeugen und alte und neue Preise für alle nur erdenklichen Bus- und Bahnverbindungen vergleichen will, dem sei der Online-Tarifcheck des VVS unter tarifcheck.vvs.de empfohlen. Um bis zu 25 Prozent und mehr wurden die Fahrpreise durch die Reform reduziert. Von Ludwigsburg, Waiblingen oder Esslingen kostet die Einzelfahrt in die Stuttgarter Innenstadt jetzt nur noch

2,90 statt 4,20 Euro und damit 31 Prozent weniger. Das Jahresticket für diese Verbindungen ist um 25 Prozent günstiger geworden. Kund*innen mit Jahresticket für die Strecke Böblingen–Stuttgart sparen über 23 Euro im Monat, beim Jahresticket von Welzheim nach Stuttgart beträgt die Ersparnis sogar 540 Euro.

NICHT NUR ZU FEINSTAUBALARMZEITEN: TAGESKARTE AB FÜNF EURO. GÜNSTIGER ALS IN BERLIN! | Das neue Tagesticket kostet als Handyticket für Stuttgart nur noch fünf Euro. Und für zwei Zonen – also für den Großraum Stuttgart mit Ludwigsburg, Waiblingen, Esslingen, den Fildern, Leinfelden-Echterdingen, dem Flughafen und so weiter – zahlt man gerade mal 80 Cent mehr.



Ende März fiel offiziell die Zonenmauer. Unter den Offiziellen: Fritz Kuhn und Winfried Hermann. Foto: Björn Peterhoff

DIE REFORM: EIN GROSSER GRÜNER ERFOLG. AUF ZUM NÄCHSTEN ZIEL! |

Grüne neigen dazu, politische Erfolge schnell abzuhaken und sich gleich dem zuzuwenden, was noch im Argen liegt. Die Hände sind nach erfolgreicher Schlussabstimmung noch nicht wieder unten, da reden wir schon vom nächsten Problem. Manchen Grünen geht auch das noch nicht schnell genug, manche andere finden uns deshalb herzlich unsympathisch. Vor allem aber birgt das die Gefahr, dass übersehen wird: Die Mühen der Ebene sind nicht vergebens, sondern führen immer wieder und immer öfter auch zu entfernten Zielen. Deshalb soll hier noch einmal die Bedeutung dieses großen grünen Erfolgs beleuchtet werden – allerdings nur kurz, denn es gibt gerade im Verkehrsbereich noch viel zu tun!

In unserem Programm zur Kommunalwahl 2014 haben wir versprochen: „Wir Grünen werden uns weiterhin für ein einfacheres VVS-Tarifzonensystem mit nur einer Zone für ganz Stuttgart einsetzen.“ Erreicht wurde nun die größte Tarifreform in der 40-jährigen Geschichte des VVS.

MEHR GELD FÜR EINEN GÜNSTIGEREN ÖPNV | Da die mit der Reform einhergehende Senkung der Fahrpreise zu Mindereinnahmen bei den Verkehrsunternehmen führt, werden diese Einnahmeausfälle von der Stadt Stuttgart, den Verbundlandkreisen und dem Land ausgeglichen. Die Aufgabenträger des öffentlichen Verkehrs im VVS-Gebiet setzen damit künftig dauerhaft rund 42 Millionen Euro mehr Steuergelder pro Jahr für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein als bisher. Der aus Steuermitteln stammende Anteil an der Finanzierung des ÖPNV steigt also, der Finanzierungsanteil der Nutzer sinkt – auch das eine alte Forderung der Grünen. Die Tarifzonenreform ist damit auch auf der Finanzierungsseite eine strukturelle Reform, die den eingeschlagenen Kurs des Ausbaus und der Angebotsorientierung festigt.

VERHANDLUNGEN AUF AUGENHÖHE, FRITZ KUHN, WINFRIED HERMANN UND DEN GESCHÄFTSFÜHRERN DES VVS SEI DANK. |

Politisch möglich wurde diese Reform, weil der grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn als Aufsichtsratsvorsitzender von Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) und VVS in geduldrigen, fairen und transparenten Verhandlungen mit allen Partnern die unterschiedlichen Interessen geschickt ausbalanciert hat. Mit der Entscheidung, bereits 2017 in seinem Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 die Summe von neun Millionen Euro für eine Tarifzonenreform in den Haushalt der Landeshauptstadt einzustellen, hat er sich die notwendige Glaubwürdigkeit in der Sache und den Ruf als ehrlicher Makler des Reformprozesses geschaffen. So musste sich bei der komplizierten Entscheidungsfindung niemand übervorteilt fühlen, es konnte sich aber auch niemand auf Kosten anderer profilieren. Eine entscheidende Rolle hat auch der grüne Verkehrsminister Winne Hermann gespielt. Denn erst die Zusage des Landes, sich in den nächsten sechs Jahren mit insgesamt 42 Millionen Euro an den Kosten der Reform zu beteiligen, machte den Weg frei für eine Zustimmung aller Partner. Wer weiß, dass mancher Partner im VVS in der Vergangenheit mit „Tarifreform“ eher Einsparungen zugunsten des eigenen Haushalts verbunden hat und dass im Land die Sympathien für die Landeshauptstadt in allen Lagern eher überschaubar sind, der kann erahnen, wie schwierig der Prozess bis zur Verabschiedung der Reform gewesen ist.

Die nicht selten gescholtene Konstruktion des VVS als Mischverbund erwies sich bei dieser Reform übrigens eher als Vorteil: Im Aufsichtsrat des VVS sitzen alle Beteiligten auf Augenhöhe zusammen, also Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen. Das erschwert Geschäfte zulasten der jeweils anderen Seite. Die Geschäftsführer

des VVS haben diesen Vorteil geschickt genutzt und als Verhandler im Hintergrund entscheidend zum Gelingen der Reform beigetragen.

NACH DEM PULL IST VOR DEM PUSH. | Verkehrspolitisch ist die Tarifreform ein wichtiger Baustein der Politik des „Push and Pull“. Die günstigeren Preise und das einfachere, verständlichere Tarifsystem sind ein starker zusätzlicher Anreiz zum Umstieg (Pull). Damit sind auch die Zeiten vorbei, in denen der Preis als wesentlicher Hinderungsgrund für den Umstieg auf den ÖPNV adressiert werden konnte. Gepaart mit attraktiven Angeboten wie Ausbildungs-Abo, Firmen-Abo und Sozialticket macht die jetzige Tarifreform den ÖPNV in der Region auch preislich zu einer konkurrenzfähigen Alternative zum Autoverkehr. Die Politik hat beim Pull geliefert.

Aber auch weiterhin gibt es natürlich Wegebeziehungen und Tageszeiten, bei denen der ÖPNV noch keine adäquate Alternative zum Auto darstellt. Deshalb muss die Tarifreform zwingend mit einem weiteren Ausbau des Angebots bei Bussen und Bahnen begleitet werden. Mit dem Nahverkehrs-Entwicklungsplan liegt ein ambitioniertes Repertoire möglicher Ausbaumaßnahmen vor. Wir Grünen werden in den kommenden Monaten und Jahren dafür sorgen, dass der eingeschlagene Ausbaukurs konsequent fortgesetzt wird.

Die Politik muss sich aber gleichzeitig auch intensiv damit auseinandersetzen, wie die massiven strukturellen Vorteile für den Autoverkehr deutlich reduziert werden können. Auch die Push-Faktoren müssen deshalb konsequent angegangen werden.

Jochen Stopper



Kitas gratis? Teilhabe und Qualität gehen vor

Die Forderung nach gebührenfreien Kitas ist ja an sich nichts Verwerfliches. Natürlich zahlt kein Mensch gerne Steuern, Gebühren oder Abgaben, wenn es keine guten Gründe dafür gibt. Bei Kitas lohnt sich ein differenzierter Blick auf die Ausgangslage, jenseits populärer Forderungen nach Gebührenfreiheit für alle.

■ Zunächst ist festzuhalten, dass wir in Stuttgart sehr viel Geld in den Ausbau unserer Kitas investiert haben und das auch weiterhin tun – der Ausbau ist noch lange nicht abgeschlossen. Vor allem bei den unter Dreijährigen muss noch viel getan werden, um den Betreuungsbedarf der Familien zu decken. Dazu braucht es genügend Fachkräfte, und das ist durchaus ein Problem. Wir haben deshalb im Gemeinderat unter Federführung der Grünen eine Ausbildungs-offensive gestartet, die durch finanzielle Anreize darauf abzielt, mehr Auszubildende

über die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zu gewinnen. Und wir haben uns mit den anderen Fraktionen darauf geeinigt, Erzieher*innen mit dem „Tarif Plus“ übertariflich zu bezahlen.

AUSBILDUNGSOFFENSIVE, GUTE GEHÄLTER UND BESSERE BETREUUNG KOSTEN. | Darüber hinaus ist es unbedingt notwendig, in die Qualitätsentwicklung der Kitas zu investieren. Wir brauchen dringend den weiteren Ausbau von Kinder- und Familienzentren, wir müssen das Thema Inklusion angehen und auch die alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas intensivieren. Und wir müssen mit den freien Trägern, die für Stuttgart ein wichtiger Partner in Sachen Bildung und Betreuung sind, eine auskömmliche Lösung für die Förderung der Kitaplätze in ihren Einrichtungen aushandeln. Für uns Grüne gibt es deshalb eine klare Priorisierung: Qualitätsentwicklung kommt vor Gebührenfreiheit!

GERECHTER IST ES, DIE GEBÜHREN ANS EINKOMMEN ZU KOPPELN. |

Familien mit kleinem Geldbeutel und Bonuscard müssen jetzt schon keine Kita-Gebühr bezahlen, und das ist auch absolut richtig so. Von einer generellen Gebührenfreiheit würden natürlich alle Familien mit Kindern profitieren, aber das heißt nicht, dass dies sozial gerecht ist – es profitieren auch jene, denen es finanziell sehr gut geht. Viel sinnvoller und gerechter ist eine Gebührenstaffelung bzw. gezielte Senkung. Diesen Weg haben wir Grünen bei den letzten Haushaltsberatungen eingeschlagen. Unser Antrag, dass Familiencardbesitzer pro Kind 50 Euro weniger bezahlen und ab drei Kindern der Kindergartenplatz kostenlos ist, fand eine breite Mehrheit.

Wir Grünen wollen in Stuttgart diesen Weg konsequent verfolgen und streben eine Weiterentwicklung der sozialen Gebührenstaffelung an. Auch hier haben wir eine klare Haltung: gerechtere Gebührenstaffelung vor Gebührenfreiheit.

Die frühkindliche Bildung in unseren Kitas ist ein wichtiger Baustein für eine gelingende Bildungsbiografie unserer Kinder. In Stuttgart besuchen 98 Prozent aller Kinder eine Kita. Das bedeutet, dass eigentlich alle Bildungsteilhabe genießen. Uns ist wichtig, weiter in Qualität und Personal investieren zu können. Die generelle Gebührenfreiheit ist zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Signal. Sinnvolle und sozial gestaffelte Gebühren ermöglichen uns, in unseren Kitas sowohl Teilhabe als auch Qualität zu sichern.

Vittorio Lazaridis



Auf einem anderen Dampfer: die Kita des Deutschen Bundestags. Foto: Michael Rose, CC BY-SA 3.0



Die Wende hat begonnen!

■ **DANKE, RADENTSCHEID!** | Der Gemeinderat hat am 21. Februar in einer dankwürdigen Sitzung beschlossen, den Radverkehr als Angebot für alle Menschen jeden Alters schnell auszubauen. Die Initiative Radentscheid hatte 35.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren fahrradfreundliches Stuttgart vorgelegt. Aus juristischen Gründen konnte das Bürgerbegehren nicht zugelassen werden. Aber wir haben die elf Ziele aufgegriffen, in einen Ergänzungsantrag gepackt und zur Abstimmung gestellt: mehr Fahrradstraßen, durchgängige Radinfrastruktur nach modernen Qualitätsstandards, sichere Kreuzungen, Radgaragen in Wohngebieten und vieles mehr. Und weil weder dem Fuß- noch dem öffentlichen Nahverkehr dafür Raum weggenommen werden darf, muss der Autoverkehr nun etwas Platz hergeben für Radstreifen und -wege.

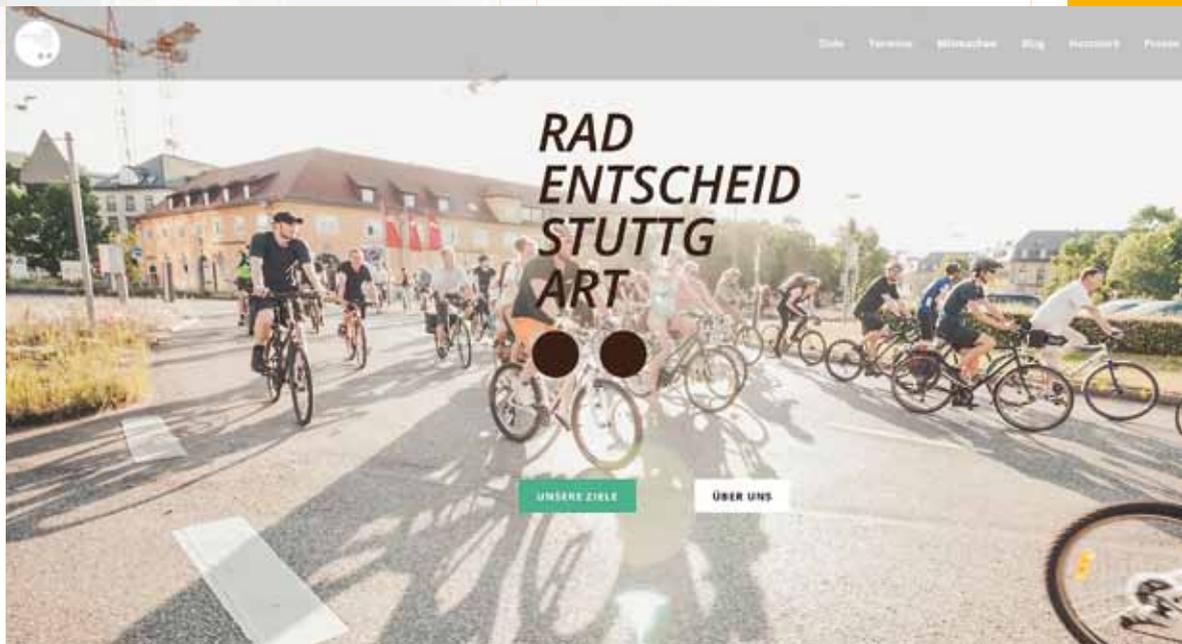
Auch das haben wir auf Basis einer Vorlage von OB Kuhn beschlossen. Das ist ein historischer Schritt für Stuttgart. Um Ver- und Gebote geht es dabei nicht, niemand muss Rad fahren. Aber wir wollen mit einer guten Infrastruktur die zum Radeln verführen, die sich jetzt noch nicht trauen.

EINS ZU DREI FÜRS RAD | 25 Prozent aller Wege sollen in Stuttgart künftig per Rad zurückgelegt werden. Auch für Zu-Fuß-Gehende bringt eine gute Radinfrastruktur Entlastung. Denn Radelnde gehören nicht auf Gehwege, sondern auf die Fahrbahn. Mit dem Beschluss haben die Verkehrsplaner*innen die Möglichkeit, gleich so zu planen, dass sich Fahrrad und Auto die Fahrbahn gerechter teilen als bisher.

Radverkehr tut Stuttgart gut. Er entlastet übervolle Stadtbahnen, verringert den Autostau, ist gesund, leise und emissionsfrei. Er stärkt den sozialen Zusammenhalt. Fördert den lokalen Handel. Senkt sogar die Mieten, wenn man keine Stellplätze mehr mitbauen

muss. Aus unserer Vision wird Realität – ich freue mich sehr darüber: | **STUTTGART WIRD FAHRRAD-STADT.**

Christine Lehmann



Die Initiative Radentscheid Stuttgart hat über Monate mächtig gewirbelt. Screenshot: www.radentscheid-stuttgart.de

KLINIKUM

Die Mehrheit irrt

Warum die fristlose Kündigung des Klinikum-Geschäftsführers chancenlos gewesen wäre

■ Die Neubauten des Klinikums Stuttgart zählen mit einer Investitionssumme von gut 900 Millionen Euro zu den größten und wichtigsten Bauvorhaben der Landeshauptstadt. Hier entsteht das moderne, leistungsstarke neue Herz der Gesundheitsregion. Im Klinikum wird Enormes geleistet, jährlich werden 90.000 Patient*innen stationär und weitere ca. 500.000 ambulant behandelt. Aber: In der Internationalen Abteilung gab es eine bis dato unvorstellbare Miswirtschaft. Zahlungen für Beraterverträge mit arabischen Vermittlern wurden verdeckt geleistet, ohne dass klar war, worin die Leistung bestand. Libysche Kriegsversehrte wurden weiter behandelt, obwohl keine Zahlungen mehr erfolgten. Als dies offenbar wurde, gingen Klinikum und Stadt ans Werk: Das Eigenleben der International Unit wurde beendet. Eine Anwaltskanzlei wurde zur Aufklärung der Sachverhalte beauftragt und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. An dem Skandal in der – wiewohl kleinen – International Unit trägt das Klinikum schwer. Wir sind froh, dass das Klinikum seit 2017 mit einer neuen Geschäftsführung wieder exzellent aufgestellt ist.

Der Kampf im Rathaus tobt um die Frage, ob der Gemeinderat vor seinem Beschluss, mit dem ehemaligen Geschäftsführer einen Aufhebungsvertrag zu schließen, um ihn schnell loszuwerden, nicht viel detaillierter über die Möglichkeit einer fristlosen Kün-

digung hätte informiert werden müssen. Wir sagen, eine fristlose Kündigung Anfang 2016 konnte gar nicht in Erwägung gezogen werden, weil der ehemalige Geschäftsführer bereits im Laufe des Jahres 2015 einen Innenrevisor zu Fragen von Organisation, Führungsmanagement und Geschäftsordnung der International Unit beauftragt, deren Leiter schriftlich abgemahnt und mehrere organisatorische Maßnahmen ergriffen hatte. Und es war bereits bekannt, dass das städtische Rechnungsprüfungsamt beim Kuwait-Projekt Probleme bezüglich der Beteiligung diverser Dienstleister sah und mit Nachdruck an der Überprüfung arbeitete.

DESHALB: AUFLÖSUNGSVERTRAG! | Der damalige Geschäftsführer wurde daher schon für seinen Jahresabschluss 2014 vom Gemeinderat nicht entlastet. In der Folge ging es immer darum, ihn dazu zu bewegen, dass er endlich an der Aufklärung von Ungereimtheiten mitwirkt und Belege beibringt. Allerdings wurde immer deutlicher, dass er die Dinge verschleppte und einfach nicht kooperierte. So war es richtig, sich per Auflösungsvertrag schnell von ihm zu trennen und den Weg für einen Neuanfang im Klinikum freizumachen.

Silvia Fischer



Stadtraumgestaltung größer gedacht

Erweiterung des Stadtgartens, Platz für Kulturgebäude – zum Beispiel Philharmonie, plus zusätzliche Wohn- und Universitätsbauflächen. Wie soll das gehen? Indem wir überdimensionierte Verkehrsflächen am Hegelplatz und an Holzgarten-, Hegel- und Kriegsbergstraße umnutzen.

■ Wir haben uns zu den vielfältigen Varianten und Diskussionen um den künftigen Standort der Philharmonie eigene Gedanken gemacht. Wir wären nicht die Grünen, wenn uns dabei nicht ökologische Kriterien leiten würden. Unsere städtebaulichen Leitkriterien, die hier zum Tragen kommen:

- Flächenrecycling,
- Grünflächenerweiterung,
- Verkehrsflächenreduzierung,
- Stadt der kurzen Wege,
- Synergien mit der bestehenden Infrastruktur.

Für die Philharmonie wäre am besten ein Standort geeignet, der Synergien mit bestehenden Kultureinrichtungen nutzen würde. Unser großes, weit über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, das KKL, stößt an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb haben wir uns die Umgebung des KKL um Holzgarten- und Breitscheidstraße genauer angeschaut. Wo auf den ersten Blick kein Platz zu sein scheint, stecken auf den zweiten Blick große Potenziale.

STADTREPARATUR MIT SYNERGIE | Insgesamt ist der Bereich westlich des Stadtgartens mit seinen Parkplatzflächen, maroden Universitätsgebäuden und überdimensionierten Straßen ein regelrechter „Unort“ mitten in der Stadt. Es ist endlich angesagt, dort Stadtreparatur zu betreiben. Das gelingt nur, wenn mit Mut bestehende Strukturen, auch und gerade die viel zu

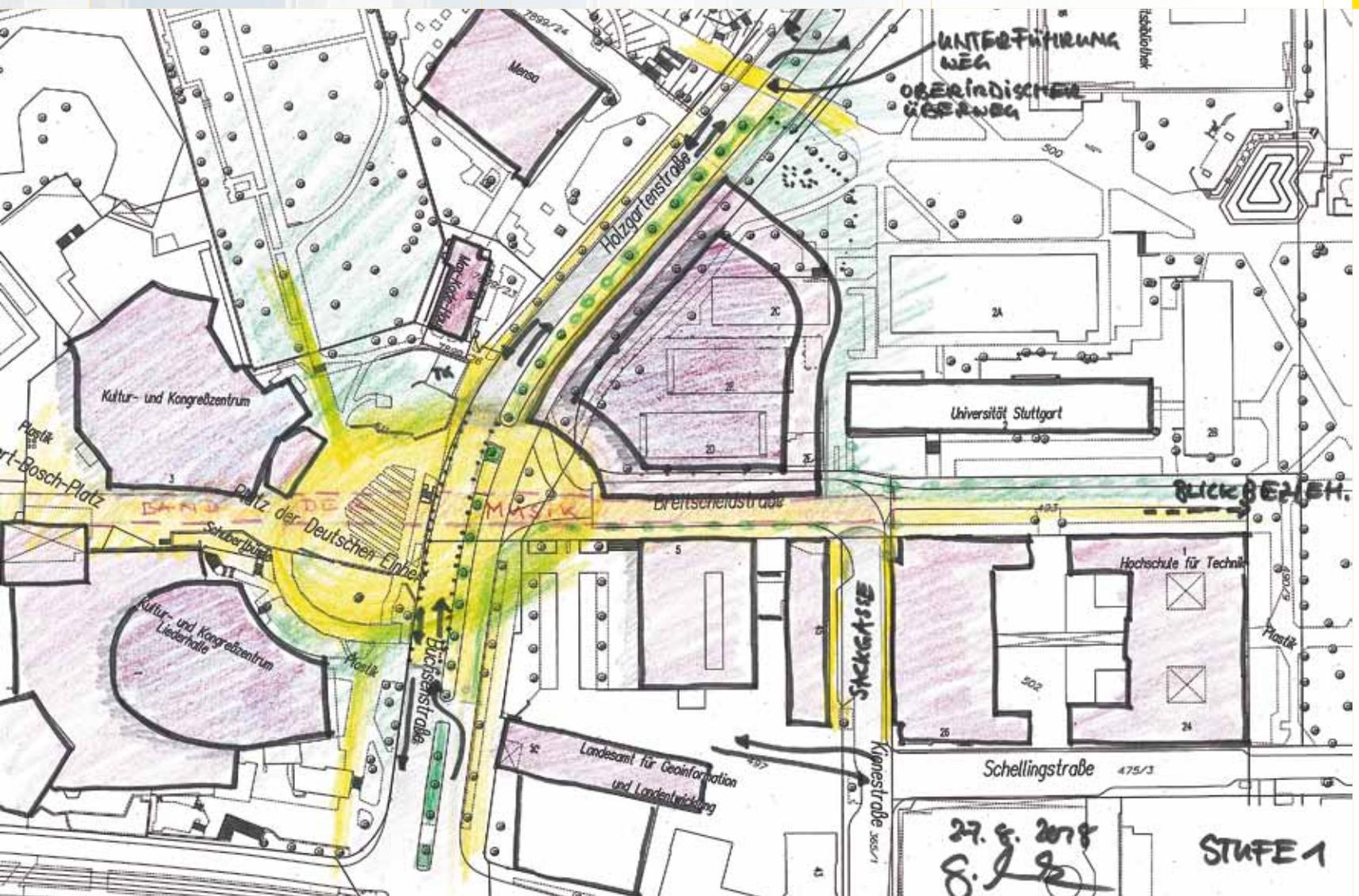
breiten Straßen, hinterfragt und verbessert werden. Die Büchsen- bzw. Holzgartenstraße ist völlig überdimensioniert. Die Verkehrszahlen belegen, dass eine zweispurige Straße statt der heutigen vier- bis sechsspürigen Straße möglich ist. Der kurze Stich Breitscheidstraße zwischen Kiene- und Holzgartenstraße ist unnötig und kann als Durchfahrtsstraße und Schleichweg durch das Unigelände ersatzlos entfallen.

Auch die Kriegsbergstraße ist überdimensioniert und bildet einen Riegel zwischen Klinikum und Stadtgarten. Damit im Hegeljahr 2020 der Platz auch den Namen verdient, wollen wir hier dringend umgestalten. Derzeit ist der Hegelplatz kein Platz, sondern eine ausufernde Asphaltfläche. Die vielen Verkehrsspuren sind hier tatsächlich fehl am Platz. Das belegen die Verkehrszahlen des Stadtplanungsamts. An der Hegelstraße beweist die Baustelleneinrich-



Holzgartenstraße mit überflüssigen Fahrspuren, rechts das KKL. Foto: Andreas Kraft





Die beiden Skizzen veranschaulichen Gabrieles Ideen. Kartengrundlage: Stadtmessungsamt Stuttgart, Illustrationen: Gabriele Munk

tung der Dualen Hochschule, dass die dort entfallenen Fahrspuren keinerlei Verkehrsprobleme verursachen. Also Fahrspuren weg!

Schon sehr lange ist uns der ungeordnete und ungepflegte Bereich des Stadtgartens ein Dorn im Auge. Aber nur die Fläche des Stadtgartens anpacken, weil die der Stadt gehören, und die angrenzenden Landesflächen und Straßenflächen nicht mitdenken, das wäre fatal. Die Universität hat vor einiger Zeit für ihre Flächen einen Masterplan-Prozess gestartet – eine gute Gelegenheit, diese Konzeption mit unserer zu vernetzen, gemeinsam Stadtreparatur zu betreiben und Universitäts- und KKL-Areal gleichzeitig aufzuwerten.

ASPHALT- ZU GRÜN- UND BAUFLÄCHEN – DA STECKT MUSIK UND NOCH VIEL MEHR DRIN.

Das wollen wir konkret: Die Breitscheidstraße zwischen Kiene- und Holzgartenstraße komplett aufgeben und die Fahrspuren von Holzgarten- und Büchsenstraße auf zwei reduzieren. Wie im Plan erkennbar ist, werden dadurch Flächen für den Bau einer Philharmonie in der Größe der Liederhalle frei. Zusätzlich, in Richtung Hegelplatz, Flächen für die Park-

erweiterung. Durch den Bau der Philharmonie am Stadtgarten entstehen gewünschte Synergien mit dem KKL. Vielleicht ließe sich die neue Halle durch einen unterirdischen Verbindungsbau an die zwei bestehenden Hallen andocken.

Oberirdisch könnte dieser Dreiklang durch den vergrößerten und wesentlich schöner gestalteten „Platz der deutschen Einheit“ verbunden werden. Über den neuen Platz entstünde eine super Fußwegeverbindung vom Stuttgarter Westen über das Boschareal und den Vorbereich des KKL zur neuen Philharmonie und zum Stadtgarten. Die denkmalgeschützte Liederhalle ist sanierungsbedürftig. Dieser wunderbare Bau der Architekten Rolf Gutbrod und Adolf Abel kann saniert werden, sobald die neue Philharmonie gebaut ist.

WIR WOLLEN KEIN STÜCKWERK, SONDERN DIE GROSSE LÖSUNG!

Der Stadtgarten muss größer werden und näher ans Katharinenhospital rücken. Durch die ablaufenden Pachtverträge mit der Tankstelle an der Kriegerstraße ist die Zeit reif, sich nochmals grundsätzlich über diese Straße und die Verbindung vom Park zum Klinikum Gedanken zu machen. Wir

wollen hier die große Lösung und kein Stückwerk. Da steckt viel Grün und Urban Gardening drin!

Und dann muss – endlich! – die Fußwegunterführung vom Stadtgarten zum Hoppenlau-Friedhof zugeschüttet und eine oberirdische Wegführung hergestellt werden. Das würde über eine nur zweispurige Holzgartenstraße sehr gut machbar sein. Durch den Wegfall der Unterführungsrampen kann der Stadtgarten in diesem Bereich vergrößert werden – für mehr Grün und bessere Fußwege!

Die Hegelstraße kann dauerhaft wesentlich schmaler bis zum Hegelplatz geführt werden. Die frei werdenden Straßenflächen können dem Universitätsgelände zugeschlagen werden für Universitätsbauten, darüber studentisches Wohnen oder auch Wohnungsbau für Klinikmitarbeiter*innen. Da steckt so viel Potenzial drin!

Gabriele Munk



Im Stöckach...

Grüner Erfolg: Auf dem EnBW-Areal im Stuttgarter Osten entsteht Raum für Wohnen im „Quartier der Zukunft“ – IBA-reif.

■ 2020 gibt die EnBW ihr „Betriebswerk Stöckach“ auf. 1952 von Theodor Heuss eröffnet, hatten die Technischen Werke Stuttgart (TWS), die später in der EnBW aufgingen, hier ihre Werkstätten für Strom, Gas und Wasser zusammengeführt. Auf dem Gelände arbeiteten zeitweilig bis zu 1.000 Personen. Das Areal wird von Stöckach-, Metz- und Hackstraße umfasst und weist eine Fläche von 4,25 Hektar auf.

Also eine „Industriebrache“ enormer Größe, auf der sich, wie im Neckarpark, ein Wohnungsbauschwerpunkt „innen vor außen“ förmlich aufdrängt.

Wir hatten schon im Frühjahr 2017 ange-regt, die Flächen zu kaufen; die Stadt teilte unsere Haltung und hat ihr Kaufinteresse bei der EnBW bekundet. Diese hat sich nach einigen Verhandlungsrunden dann aber doch entschlossen, nicht zu verkaufen, sondern selbst zu entwickeln. Über die künftige Nutzung konnte zunächst kein Einvernehmen zwischen Stadt und EnBW herbeigeführt werden, die Verhandlungen waren schwierig und stockten schließlich.

Damals waren andere Fraktionen willens, einen konfrontativen Kurs gegenüber der EnBW einzuschlagen und schlugen daher vor, seitens der Stadt eine Entwicklungs-satzung nach § 165 BauGB, „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“, auszuarbeiten. Ob die Durchsetzung der städtebaulichen Ziele der Stadt durch dieses Instrument auf dem Rechtsweg Bestand hätte, war fraglich und ist es auch heute noch. Sicher konnten wir aber davon ausgehen, dass eine kon-frontative Auseinandersetzung mit der EnBW zu großem Zeitverzug geführt hätte.



Mehr als 600 Wohnungen sollen hier entstehen, plus Kita, Läden und was man sonst so braucht. Foto: Fintan Oehler

Wir sind deshalb einen anderen Weg ge-gangen. Um den Wohnungsbau im Stöckach zukunftsweisend und schnell voranzubrin-gen, haben wir das Gespräch mit der EnBW, der Grundstückseigentümerin, gesucht. Es gelang, die Ziele von Stadt und EnBW nach und nach unter einen Hut zu bekommen. Die EnBW hat Zusagen gemacht, sodass wir nun eine schnelle Entwicklung im Stöckach für möglich halten, die auch den städtebau-lichen Zielen der Stadt entspricht.

ZUSAGEN DER ENBW, GANZ IM SINNE DER STADTENTWICKLUNG: | Die EnBW will in Zusammenarbeit mit Stadtrat und -verwaltung mehr als 600 Wohnungen bauen. Für die künftigen Bewohner*innen sollen Dienstleistungs- und Freizeitangebote, Kitas, Läden etc. mitgeschaffen werden. Um das Quartier hochwertig zu entwickeln, wird die EnBW eine Bürgerbeteiligung und einen Wettbewerb durchführen und mit beidem möglichst früh starten. Sie wird das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) berücksichtigen und eine Quote von bis zu 40 Prozent an geförderten Wohnungen im Quartier Stöckach ermöglichen. Und um zu vermeiden, dass an Maximalrendite orientierte Eigentümergesellschaften die

... geht's voran!

Mietpreise in die Höhe treiben, will die EnBW entweder selbst, oder ein anderer öffentlicher Anteilseigner mehrheitlich Eigentümer des neuen Mietquartiers sein – mindestens 20 Jahre lang.

WIR GRÜNEN HABEN UNS MIT DIESEM WEG DURCHGESETZT. | In den nächsten Wochen werden wir die Aus-lobung des Wettbewerbs in den Ausschüssen beraten. Ein Ergebnis, das mit der Politik von SPD und SÖS-Linke-PluS nicht möglich gewesen wäre.

Die Stadt hat darüber hinaus in Absprache mit der EnBW das Gelände als Projekt für die Internationale Bauausstellung (IBA) Stadt-Region Stuttgart 2027 angemeldet. Mittlerweile hat die EnBW ihre Pläne für ein „Quartier der Zukunft“ vorgestellt. Es soll „das Ökonomische, das Soziale und das Öko-logische“ zusammenbringen. Das vor allem für Wohnungen genutzte Quartier soll hohe Wohnqualität bieten, ein zukunftsweisendes nachhaltiges Energie- und Verkehrskonzept bekommen und sozialen Aspekten wie Sicherheit im öffentlichen Raum genügen.

Andreas Winter

Erbbauerechte – eine individuelle Betrachtung

GROSSES PARKHAUS IN ZENTRALER LAGE ... | Es ist wichtig, dass die Landeshauptstadt Schlüsselgrundstücke an markanten Stellen der Stadt in ihrem Eigentum behält, damit die Volksvertreter*innen nach Ablauf des Erbbauerechtsvertrags (zum Beispiel nach 99 Jahren) wieder neu über die Nutzung des Grundstücks entscheiden können. Das zeigt sich gut am Beispiel Züblin-Parkhaus. Dort wird es Ende 2023 genau so kommen, nach Ablauf des 1961 für 50 Jahre abgeschlossenen und 2010 verlängerten Erbbauerechtsvertrags. Die Stadt muss – wie im Vertrag vereinbart – den Restwert des Parkhauses entschädigen, kann es danach abrechnen und die Neuentwicklung des Areals starten: Wohnungsbau an diesem zentralen Platz der Innenstadt.

... ODER WOHNHAUS AM STADT-RAND? ERBBAUERECHTLICH MACHT DAS EINEN UNTERSCHIED! | Bei den städtischen Kleinsiedlungen Steinhaldenfeld, Neuwirtshaus, Wolfbusch/Seelach und Hoffeld mit einer sehr aufgelockerten, kleinteiligen Wohnbebauung inmitten riesiger Gartengrundstücke ist die Stadt diesen Weg nicht gegangen. Denn dieser hätte ja bedeutet, dass die Erbbauerechtsnehmer*innen ihre Häuser hätten aufgeben und wegziehen müssen, damit auf den städtischen Grund-

stücken ggf. ein neuer Schwerpunkt mit Geschosswohnungsbau hätte entstehen können.

Bei der Frage, ob städtische Grundstücke im Erbbauerecht vergeben und ob bestehende Erbbauerechtsverträge verlängert oder verkürzt werden sollen, ist es deshalb wichtig, dass jeweils der Einzelfall betrachtet wird und die Interessen abgewogen werden.

LIEBER KAUFEN? | Zurzeit wollen wenige Bauwillige Erbbauerechtsverträge mit der Stadt abschließen; stattdessen wollen sie die Grundstücke von der Stadt kaufen. Sie wollen sicher sein, dass die Stadt nicht irgendwann Anspruch darauf erheben kann. Und dass sie keine schlechteren Kreditkonditionen erhalten, weil sie der Bank ja das Grundstück nicht als Sicherheit geben könnten. Außerdem zahlt man für die gesamte Laufzeit des Erbbauerechtsvertrags fürs Wohnen vier Prozent Erbbauzinsen, bei steigendem Grundstückswert also immer mehr. Bei einem gekauften Grundstück wird der Kredit nach und nach getilgt und die Belastung sinkt im Laufe der Zeit.

Die stadteigene Wohnungsgesellschaft SWSG kann Grundstücke mit noch laufenden Erbbauerechtsverträgen kaufen. Damit

wird ihre Finanzkraft gestärkt – sie braucht sie, um ihr enormes Bauprogramm durchführen zu können. Es umfasst derzeit rund 350 Modernisierungen und den Neubau von ebenfalls rund 350 Mietwohnungen. Und da die SWSG zu 100 Prozent der Stadt gehört, sind die Grundstücke quasi immer noch in städtischer Hand.

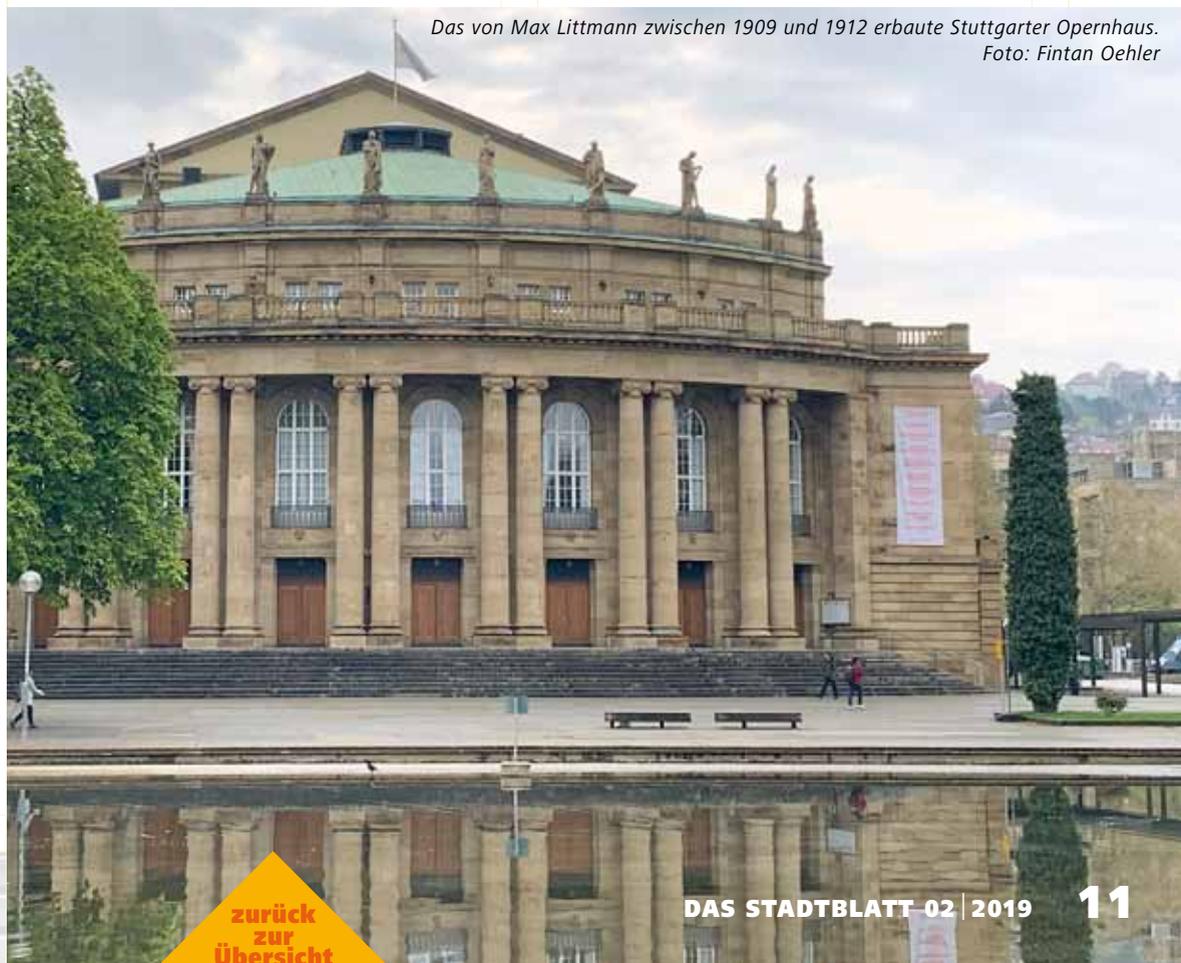
BEISPIEL BAUGENOSSENSCHAFT | Ich meine, auch andere Stuttgarter Wohnungsunternehmen, die ihre Wohnungsbestände seit jeher in Stuttgart halten, wie zum Beispiel Baugenossenschaften, sollten die Grundstücke kaufen können, auf denen sie einst gebaut haben. Einfach weil das für sie wirtschaftlicher ist. Außerdem sind die Baugenossenschaften wichtige Akteure im Bündnis für Wohnen. Wir schätzen ihre besonderen wohnungsgenossenschaftlichen Organisationsprinzipien und vertrauen darauf, dass sie langfristiges, sicheres Wohnen anbieten, dass sie sich um die Daseinsvorsorge für Ältere kümmern, um behinderte Menschen und Alleinerziehende. Dass sie zu angemessenen Mieten vermieten und darauf schauen, dass gewachsene, stabile Bewohnerstrukturen erhalten bleiben. Und dass sie soziale, ökonomische und ökologische Aspekte berücksichtigen.

Silvia Fischer

■ SCHEINHEILIGES THEATER!

Zwischen Schelmenstück und Drama liegt das Theater, das CDU und SPD in der Frage der Opertansanierung aufführen. Nach fünf Jahren Diskussion halten sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, groß zu denken und alle Pläne zu hinterfragen. Damit sägen sie am Opertbetrieb und muten den Mitarbeiter*innen weitere Jahre unter problematischen Arbeitsbedingungen zu. Vergessen ist die Entscheidung (die auch die im Verwaltungsrat vertretenen CDU- und SPD-Mitglieder mitgetragen haben), den Littmann-Bau zu sanieren. Die Gründe für die Sanierung waren und sind für uns überzeugend – und haben jetzt erneut eine starke Bestätigung erhalten durch die eindeutigen Stellungnahmen des Staatstheaters wie auch der Konzerthaus-Initiative. Deshalb plädieren wir für die Weiterplanung der Opertansanierung.

Das von Max Littmann zwischen 1909 und 1912 erbaute Stuttgarter Opertnhaus.
Foto: Fintan Oehler





Der berühmte Bosco Verticale in Mailand. Foto: Thomas Ledl, CC BY-SA 4.0

BEGRÜNEN

Vertical Forest? Hochkant können auch wir!

In der ganzen Welt werden vertikale Wälder entwickelt und gebaut. Pionier ist der italienische Architekt Stephano Boeri. Schon im STADTBLATT 03/2016 schrieben wir über begrünte Wände: „Wenn innovative Planer*innen auf entschlossene Auftraggeber*innen treffen, können neue Stadträume entstehen.“ Auch bei uns.

■ Auf nach Mailand! Dort stehen seit 2014 mitten in der Stadt die beiden ersten bewaldeten Hochhäuser Italiens – der „Bosco Verticale“. Bei diesem Projekt geht es um Stadtklima, Hitzeschutz, Biodiversität, Lebensraum für Insekten und Vögel bis hin zu Wasserkreisläufen. Zitat Wikipedia:

„Einfluss auf die Planung hatte die Überlegung, urbanen Raum möglichst effektiv zu nutzen,

ihn nicht weiter zu zersiedeln und gleichzeitig die Biodiversität in der Großstadt Mailand zu verbessern. Mit der Bepflanzung der Türme wurden neue Lebens- und Nahrungsräume für Insekten und Vögel geschaffen; so können die Wohntürme als Trittsteinbiotope zwischen den öffentlichen Parks, den Alleen und innerstädtischen Brachflächen fungieren. Die Türme sollen so einen Beitrag zu einem Biotopverbundsystem einer Stadt liefern.

Durch die Bäume und Pflanzen (...) soll das Mikroklima in den Wohnungen und auf den Balkonen verbessert werden; die Pflanzen sollen Lärm, Staub und Hitze mildern. Dadurch wird die Lebensqualität (...) verbessert und der Bezug zur Natur in einer städtischen Umgebung hergestellt. Etwa 900 Bäume, jeder bei der Pflanzung bereits zwischen drei und neun Meter hoch, sowie mehr als 2.000 weitere Pflanzen wurden auf den Terrassen und Balkonen an den Fassaden der Gebäude gepflanzt.“

Der hochkant gestellte Hightech-Garten in Hohenheim. Foto: Andreas Kraft

Wir wollen ein städtisches Pilotprojekt mit der intensiven Bepflanzung einer Fassade endlich voranbringen und haben dazu bereits vor zwei Jahren Gelder in den Doppelhaushalt eingebracht. Geschehen ist bisher leider nichts. Zugegeben, es ist nicht einfach. Nur, in Zeiten des Klimawandels ist es für uns ein Muss, dieses Thema auch in Stuttgart voranzubringen.

BÄUME SPIESSEN WAAGRECHT UND FASSADEN WERDEN ESSBAR? GANZ NEUE DIMENSIONEN FÜRS URBAN GARDENING!

■ In Stuttgart, an der Universität Hohenheim und in spezialisierten Baubotanikbüros wird intensiv an der Entwicklung von vertikalem Bewuchs an Gebäuden geforscht und gearbeitet. Das bislang spektakulärste Projekt: die waagrecht wachsenden Bäume der Biologin Alina Schick auf dem vertikalen „Hightech-Garten“, Uni Hohenheim. Bei diesem Projekt flossen Ergebnisse aus Weltraumflügen ein.

Die IBA StadtRegion Stuttgart 2027 ist doch die beste Chance, solche „Haus-Wälder“ auch bei uns zu pflanzen.

Zu unseren Zielen gehört außerdem, die „essbare Stadt“ zu entwickeln und Potenzialflächen, -dächer und -wände dafür auszuweisen. Wir wollen neue Wege bei der Stadtbegrünung mit Nutzpflanzen beschreiten. Der Bedarf an Urban-Gardening- und Experimentierflächen ist groß.

Gabriele Munk



Endlich sinnvolle Maßnahmen ergreifen statt Grenzwerte torpedieren!

Seit dem 1. Januar 2019 gibt es in Stuttgart Fahrverbote für Diesel Euro 4 und darunter. Das ist das Ergebnis rückwärtsgewandter Politik in Berlin. Jahrelang haben die regierenden Parteien den Kopf in den Sand gesteckt, Betrügereien der Automobilindustrie akzeptiert und die Gesetze nicht ernst genommen. Die geltenden Grenzwerte für saubere Luft stellt der Bundesverkehrsminister noch heute in Frage – anstatt die tatsächlichen Probleme anzugehen!

■ Nicht nur Andreas Scheuer, auch die Stuttgarter Ratsfraktionen der CDU, FDP und Freien Wähler stellen die geltenden Grenzwerte für Luftschadstoffe in Frage und stufen die Fahrverbote in Stuttgart als unverhältnismäßig ein. Die CDU im Land ging sogar gegen die Beschlüsse der Landesregierung, an der sie selbst beteiligt ist, auf die Straße. Das ist mehr als befremdlich. Und es ist peinlich, denn nun hat die EU-Kommission die Zweifel an den geltenden Grenzwerten scharf zurückgewiesen. In einem Brief dreier Kommissare an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer heißt es: „Wissenschaftliche Erkenntnisse rund um Stickstoffdioxid und Feinstaub weisen immer wieder auf negative Auswirkungen auf die Gesundheit hin.“

Die Überprüfung der Grenzwerte, wie Minister Scheuer sie kürzlich einforderte, habe bereits im vorigen Jahr begonnen. Brüssel habe schon damals alle Mitgliedsstaaten „wiederholt eingeladen, relevante Erkenntnisse in diese neue Überprüfung einzubringen“, schreiben die Kommissare. Aus Berlin sei in dieser Richtung aber bislang nichts gekommen.

Stuttgart ist eine von zahlreichen Städten in Deutschland, die von Grenzwertüberschreitungen bei Stickoxid massiv betroffen sind. Das Bundesverwaltungsgericht sprach sich deshalb eindeutig für den Gesundheitsschutz der Bürger*innen aus. Dass ein gerichtliches Urteil nötig war, ist die Konsequenz einer Politik voller Versäumnisse und der Betrügereien der Automobilindustrie. Selbst nach der Diesel-Affäre vor über drei Jahren haben sich Autoindustrie und Bundesregierung weggeduckt und versäumt, etwa mit technischen Nachrüstungen oder der Blauen Plakette wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Das Gerichtsurteil fiel somit nicht vom Himmel. Es ist ein Armutszeugnis für diejenigen, die sich wirksamen Maßnahmen bis heute verwehren.

VERHÄLTNISSMÄSSIG? DAS FAHR-VERBOT IST WEDER ÜBERTRIEBEN NOCH ZU HART. | Bei der Umsetzung des Gerichtsurteils wird die Verhältnismäßigkeit gewahrt, und es gibt Ausnahmeregelungen, etwa für Handwerker oder Lieferverkehre. Einzelstrecken zu sperren, würde die Luftbelastung nicht in diesem Maße senken. Schleichverkehre entstünden, und es bliebe vollkommen außer Acht, dass auch äußere Stadtbezirke wie zum Beispiel Bad Cannstatt, Feuerbach, Zuffenhausen und viele weitere massiv unter Verkehr und Luftschadstoffen leiden.

VERBOT ALS LETZTES MITTEL – ANDERE MASSNAHMEN BLOCKIERT: | Im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart lehnten die CDU, Freie Wähler und FDP wirksame Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan ab – darunter Temporeduzierung, Nahverkehrsabgabe, Busspuren, Zufluss-Dosierungen, Mobilitätspass. Sie tragen damit maßgeblich Verantwortung für die Fahrverbote. Es ist scheinheilig, im Rat sämtliche wirkungsvollen Maßnahmen abzulehnen, um dann gegen Fahrverbote auf die Straße zu gehen. Das Beispiel von Wiesbaden zeigt deutlich, dass es möglich gewesen wäre, Fahrverbote zu verhindern, wenn CDU und SPD sich mit uns für ein weitreichendes Maßnahmenpaket eingesetzt hätten.

Statt sich darauf zurückzuziehen, Grenzwerte anzuzweifeln, sollte die CDU nun ihre Möglichkeiten nutzen, bei der Bundesregierung Druck zu machen. Sie sollte umsetzbare Nachrüstungen einfordern, die die Automobilindustrie auf *ihre* Kosten den Kunden zur Verfügung stellt. Nur so können Lösungen für die Betroffenen gefunden, kann der Gesundheitsschutz der Bürger*innen dieser Stadt gewährleistet und die notwendige Modernisierung der Automobilwirtschaft vorangetrieben werden: für eine emissionsfreie Mobilität der Zukunft in lebenswerten Großstädten.

Andreas Winter

Ein Bahnhof und viele ungelöste Fragen

Wir Grünen haben Stuttgart 21 nicht zu verantworten. Aber wir sind in der Pflicht, rechtzeitig unsere Stimme zu erheben, damit Mängel und Risiken im Bahnbetrieb behoben werden können, so lange dies technisch und finanziell mit vertretbarem Aufwand möglich ist. Regionalbahnhof Vaihingen, zweigleisige Wendlinger Kurve, Erhalt der Panoramastrecke – das sind wichtige Erfolge. Doch es gibt noch etliche fehlgestellte Weichen und riskante Fragezeichen – uns bleibt genug zu tun.



Foto: Fintan Oehler



■ Stuttgart 21 ist ein Vorhaben der Deutschen Bahn AG, bei dem – wie von uns ja seit Langem befürchtet – die Kosten und die Termine aus dem Ruder laufen. Angesichts der massiven Probleme mit dem Autoverkehr ist die Leistungsfähigkeit des Stuttgarter Hauptbahnhofs für Stadt und Region von zentraler Bedeutung, ja der Bahnhof ist das Rückgrat des Schienenverkehrs in der Landeshauptstadt und des Umlands. Die Grünen haben die politische Entscheidung nicht getroffen, Stuttgart 21 ungeachtet verkehrlicher Defizite und finanzieller Risiken zu realisieren. Stuttgart 21 wurde in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts geplant. Mittlerweile strebt auch die Bundesregierung eine Verdoppelung der Bahnnutzenden bis zum Jahr 2030 an. Dafür ist Stuttgart 21 aber nicht ausgelegt!

FOLGENDE RISIKEN IM KÜNFTIGEN ZUGBETRIEB SIND ABSEHBAR:

- Bei einem weiter wachsenden Schienenverkehr droht dem Bahnknoten Stuttgart wegen zu knapp bemessener Kapazitäten chronische Verspätungsanfälligkeit und Unzuverlässigkeit.
- Bei den Tunnel-Zulaufstrecken mit ihren geologischen Unwägbarkeiten können Instandhaltungsmaßnahmen oder Zugstörungen zu einem Kollaps des Bahnverkehrs führen.
- Bei der S-Bahn ist ein dauerhaft instabiler Betrieb wegen Konflikten mit dem Regional- und Fernverkehr wahrscheinlich, da Stuttgart-21-bedingt ein neu geschaffener Mischverkehr auf der Filderstrecke hinzukommt.
- Auch ist ein funktionierendes S-Bahn-Notfallkonzept bei Sperrungen auf der Stammstrecke zwischen Hauptbahnhof und Universität nicht erkennbar, obwohl pro Jahr mit rund 100 Störungen auf diesem Streckenabschnitt zu rechnen ist.

KEINE UNTERBRECHUNG DER GÄUBAHN AM NORDBAHNHOF! | Gegenüber dem heutigen S-Bahn-Notbetrieb verliert Vaihingen seine Direktverbindung auf den Gäubahngleisen zum Hauptbahnhof. Auch wegen den unabsehbaren jahrelangen Verzögerungen bei der Führung der Gäubahn über den Flughafen müssen die IC-Linien und Metropolexpresszüge aus dem

Südwesten Baden-Württembergs so lange über die Panoramabahn bis zum Hauptbahnhof geführt werden, bis der Flughafenbahnhof (drittes Gleis) fertiggestellt ist. Zumal die Unterbrechung der Gäubahn beim Nordbahnhof mit einfachen baulichen Maßnahmen vermieden werden kann. Gegenüber der Planungsphase haben sich die Anforderungen an den Bahnverkehr der Zukunft wesentlich erhöht. Das erfordert eine Überprüfung und Neubewertung, welche Infrastruktur im bedeutsamen Bahnknoten Stuttgart künftig benötigt wird, um die Ziele des Klimaschutzes, der Verkehrswende, der Luftreinhaltung, der Verdoppelung der Bahnnutzenden etc. erreichen zu können.

KONKRETE OPTIMIERUNGSVORSCHLÄGE LIEGEN AUF DEM TISCH.

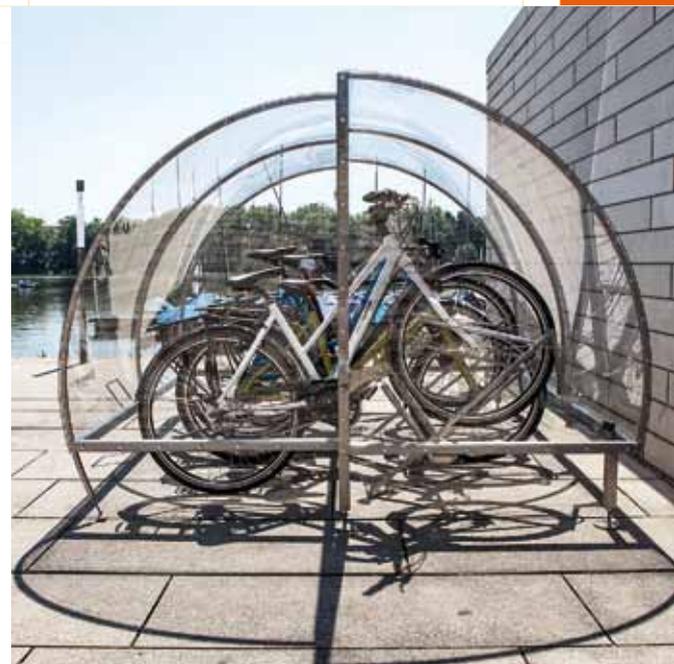
Eine zügige Prüfung dieser dringend notwendigen Verbesserungen ist unbedingt erforderlich:

- Beim Hauptbahnhof ist die Notwendigkeit und die Machbarkeit von Erweiterungsmöglichkeiten zu untersuchen, damit Verstärkerzüge der Metropolexpress- und S-Bahn-Linien sowie die Gäubahn bis zur Stuttgarter Innenstadt fahren können. Zudem sollen in Notfällen S-Bahn-Züge einfahren können, damit eine Verbindung Hauptbahnhof–Vaihingen über die Panoramastrecke aufrechterhalten werden kann.
- Ausbau der Zulaufstrecken von Zuffenhausen um ein fünftes und sechstes Gleis, Schaffung eines Regionalverkehrshalts in Feuerbach mit einer Anbindung an die Cannstatter Zulaufgleise des Tiefbahnhofs über zusätzliche Tunnelröhren (P-Option).
- Realisierung des Nordkreuzes für Direktverbindungen von Bad Cannstatt nach Feuerbach und Vaihingen.

WIR WOLLEN EINEN ZUKUNFTSGERECHTEN BAHNHOF! | Dies muss neben städtebaulichen Zielen das elementare Interesse der Stadtpolitik sein.

Clarissa Seitz





Oben: eine Fahrradgarage für Regenschutz in Top-Design. Für Wohngebiete sinnvoller sind wohl blickdichte, abschließbare Modelle – schön anzusehen sind auch sie. Foto: Cervotec GmbH

Links: das Parklet auf dem Schützenplatz. Es hält die Nachbarschaft im Osten von Stuttgarts Mitte zusammen und ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe.

Foto: Fintan Oehler

ÖFFENTLICHER RAUM

Platz da für Parklets und Radgaragen!

Bei zwei Projekten, die uns sehr am Herzen liegen, sind wir in diesem Frühjahr einen großen Schritt vorangekommen: Weitere Parklets sind beschlossen und Fahrradgaragen in Wohngebieten werden nun bald Realität.

MEHR PARKLETS! | Parklets sind Aufbauten auf Parkplatzzflächen, die den Menschen mehr öffentlichen Raum zur Verfügung stellen. Vor zwei Jahren wurden einige im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten Reallaboren in Stuttgart getestet. In den Testbezirken in der Innenstadt verwandelten sich Parkplätze in Aufenthaltsbereiche, Sitzplätze, Kinderspielplätze und in einen Zengarten. Lediglich ein bis zwei Parkplätze wurden dafür jeweils umgestaltet und den Bürger*innen als öffentlicher Raum angeboten. Sie sorgten für eine immense Aufwertung der Aufenthaltsqualität.

Wie enorm der Nutzen für die direkte Nachbarschaft sein kann, zeigt das nach der Pilotphase einzige verbliebene Parklet am Schützenplatz, das dort kaum noch wegzudenken ist. Es hat sich zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt.

In mehreren Anträgen haben wir daher gefordert, weitere Parklets in Stuttgart möglich zu machen. Wir freuen uns, dass ab sofort eine weitere Pilotphase startet und mehr Orte wie am Schützenplatz entstehen können. Vorerst auf zwei Jahre begrenzt, können in den Innenstadtbezirken und in

Bad Cannstatt jeweils bis zu zehn Parklets genehmigt und von März bis November betrieben werden – also mehr und länger als in Pilotphase eins.

Jetzt hoffen wir auf eine erfolgreiche Phase zwei und wünschen uns schöne neue Orte in der Stadt.

Wie man ein Parklet beantragen kann, steht unter www.stuttgart.de/parklets.

VIELE RADGARAGEN! | Auf unseren Antrag hin stehen jetzt 400.000 Euro für Fahrradgaragen in Wohngebieten im Haushalt bereit – in allen Innenstadtbezirken können jeweils zehn Fahrradgaragen errichtet werden. Mehr als 200 Interessierte haben sich beim Initiator „Plattsalat“ gemeldet, die in ihrer Nachbarschaft eine gemeinsame Radgarage zu viert nutzen wollen. Jede Garage bietet Platz für acht Fahrräder bzw. vier Lastenräder.

Die Stadt hat auf das enorme Interesse reagiert und arbeitet an der Umsetzung dieser Fahrradgaragen. Im Rahmen des Beschlusses zum Radentscheid hat der Gemeinderat nun Dampf gemacht: Bis zum Sommer soll die Stadtverwaltung ein Umsetzungskonzept vorlegen.

Fahrradgaragen braucht es aus unserer Sicht dringend, denn nur wenn es im Wohngebiet ebenerdige und sichere Abstellmöglichkeiten gibt, können Fahrräder, vor allem die schweren und teuren Lastenräder und Pedelecs, von den meisten Bürger*innen überhaupt genutzt werden. Im Sinne der Radverkehrsförderung müssen generell die Radabstellanlagen in Wohngebieten ausgeweitet werden.

Wir werden uns sowohl bei den Parklets als auch bei den Fahrradgaragen dafür einsetzen, dass die Umsetzung zügig vorankommt. Damit Stuttgart noch mehr zu einer lebenswerten Stadt wird, in der man attraktiv und nachhaltig mobil sein kann.

Björn Peterhoff





BEWEGEN I

Öffnungszeiten in unseren Schwimmbädern verbessern? Vereine ins Boot holen!

Die Empfehlung der Stuttgarter Bäderbetriebe, öffentliche Badezeiten zu verkürzen, stößt bei etlichen Stuttgarter*innen auf Unverständnis. Wir Grünen fordern, dass dieses Jahr noch alles beim Alten bleibt, und machen Vorschläge, was man mit Blick auf die Badezeiten verbessern könnte.

■ Die Tage werden jetzt schnell länger, die Sonne zeigt sich immer häufiger und die Temperaturen sind längst zweistellig. Klar, dass die Vorfreude auf die Schwimmbad-saison wächst – und gerade die Stuttgarter Bäder bieten eine breite Auswahl für jeden Schwimm- und Planschgeschmack. Das freut viele Stuttgarter*innen. Denn sie sind tatsächlich leidenschaftliche Schwimmbad-gänger*innen: Statistisch gesehen, besucht jeder und jede Einzelne von uns 3,8 Mal im Jahr ein städtisches Bad. Dies ist, verglichen mit anderen deutschen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohner*innen, überdurchschnittlich oft. 2017 zählten die städtischen Bäder 2,3 Millionen Besucher*innen. Sie sind damit der zweitgrößte Anbieter von Freizeitangeboten, gleich hinter den Stuttgarter Museen. Fast in jedem Stadtbezirk finden Schwimmfreund*innen ein Hallen- oder ein Sommerbad. Die Hallenbäder werden besonders intensiv von Schulen und Vereinen für den Schwimmunterricht genutzt. Daneben stehen dem Schul- und Vereinssport auch einige Lehrschwimmbekken zur Verfügung. Anfang des Jahres haben wir auch ein neues Lehrschwimmbekken für den Stadtbezirk Weilimdorf beantragt.

Mit Überraschung und Unverständnis haben deshalb viele Stuttgarter*innen auf die Empfehlung der Stuttgarter Bäderbetriebe reagiert, öffentliche Badezeiten in städtischen Bädern zu reduzieren. Als Gründe werden der hohe Bedarf an Schwimmflächen für Schulen und Vereine und fehlendes Personal genannt.

Einerseits können wir die vorgebrachten Probleme im Bäderbereich nachvollziehen. Damit regelmäßiges Üben in Schwimmkursen und in der Schule stattfinden kann, müssen natürlich auch die entsprechenden Wasserflächen zur Verfügung stehen. Andererseits sind die verkürzten Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit ein Einschnitt in die Freizeitgestaltung und machen es zudem schwierig, regelmäßige Schwimmkurse für Kinder durch private Schwimmschulen anzubieten. Um Schwimmen zu lernen, halten wir Grünen diese Kurse aber für wichtig.

NACHSTEUERN BEIM BÄDER-ENTWICKLUNGSPLAN – UND DABEI AUF KOOPERATIONEN SETZEN! | Die Be-

schlussfassung für das Bäderentwicklungskonzept ist nun auf Juli verschoben. Die darin vorgestellten Maßnahmen, darunter die Sommerschließung des Leo-Vetter-Bades, werden – auch auf unseren Antrag hin – 2019 nicht umgesetzt.

In Gesprächen mit Vereinen und mit freien Schwimmschulen, mit Nutzer*innen der Bäder wie auch in Folge der Diskussionen in den Bezirksbeiräten ergaben sich gute Vorschläge zu möglichen Kooperationen mit dem Bäderamt bzw. dem Schulamt. Etwa die parallele Nutzung der Bäder durch Öffentlichkeit und Vereine, für die es bundesweit sehr unterschiedliche Kooperations-

formen gibt und die wir uns auch für Stuttgart vorstellen könnten. In unserem Antrag fordern wir deshalb die Verwaltung auf, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, dass örtliche Vereine in städtischen Bädern Badezeiten für eine „Vereinsöffentlichkeit“ sicherstellen könnten. Geprüft wird außerdem, ob es möglich ist, Wochenend- oder Frühdienste durch Mitglieder der DLRG als Aushilfs-Schwimmeister abzudecken. Doch das reicht nicht.

ZUSÄTZLICHES PERSONAL GESUCHT! DENN NEUE BÄDER KOMMEN HINZU, UND BALD MACHT AUCH DAS „BERG“ WIEDER AUF. | Es braucht zusätzliche Anstrengungen, um für die nahe Zukunft noch mehr gut ausgebildetes und motiviertes Personal für die Stuttgarter Bäderbetriebe zu gewinnen. Denn Ende April wird das Hallenbad Feuerbach wiedereröffnet, und nächstes Jahr macht auch das beliebte Mineralbad Berg wieder auf. Zudem steht der Neubau für das Schwimmsportzentrum „Sportbad Neckarpark“ in den Startlöchern.

Wir freuen uns, dass mit diesen Bädern die Stuttgarter Bäderlandschaft noch vielfältiger, moderner und attraktiver wird. Damit jedoch alle Stuttgarter*innen diese Vielfalt in vollen (Schwimm-)Zügen auskosten können, braucht es auch hier gutes Personal sowie neue und praktikable Konzepte und Kooperationsformen. Nur so können wir optimale Öffnungszeiten für die Bürger*innen sicherstellen.

Andreas Winter

Guter Start für das Hotel Silber

■ Im Dezember 2018 feierte das Hotel Silber eine Woche lang Eröffnung. Mehr als 4.000 Besucher*innen nahmen an den vielen Veranstaltungen teil. Dies belegt das große Interesse der Stuttgarter*innen, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Mit dem Hotel Silber in der ehemaligen Gestapo-Zentrale hat Stuttgart nun einen lebendigen Lern- und Gedenkort, in dem sich der Wandel von der Weimarer Republik über das Dritte Reich zur BRD, von der Diktatur zur Demokratie spiegelt.

Zugegeben, die Positionsfindung von uns Grünen im Gemeinderat war in dieser Frage nicht ganz geradlinig. Erst die beharrlich gute Arbeit der Initiative Hotel Silber und der Druck aus der Kreispartei führte dazu, dass auch wir Grünen im Jahr 2010 den Abrissplänen des damaligen Breuninger-Chefs eine klare Absage erteilten. Seither haben wir die Initiative und den Lern- und Gedenkort umso tatkräftiger unterstützt und dabei auch eigene Impulse gesetzt.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Finanzierung und Organisation in einer bundesweit einmaligen Partnerschaft zwischen dem Land, der Landeshauptstadt und der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V. erfolgt. Wir haben mit dafür gesorgt, dass ab 2019 Mittel für eine hauptamtliche Unterstützung der Initiative bereitgestellt werden und dass dieses Jahr kein Eintritt erhoben wird. Und wir haben einen besonderen Schwerpunkt gelegt: den Blick auf die Verfolgung Homosexueller nach 1945. Denn sie ging im Hotel Silber in der Nachkriegszeit durch die städtische Kriminalpolizei nahezu nahtlos weiter. Gut, dass auch dieser Aspekt aufgearbeitet werden kann.

DAUERHAFT EINTRITT FREI! | Wenn Sie sich einen ersten Eindruck verschaffen wollen, empfehlen wir Ihnen die Seite www.geschichtsort-hotel-silber.de. Das soll Sie aber keinesfalls vom Besuch abhalten. Wir halten den Gedenkort für so wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass der Eintritt auch über 2019 hinaus frei ist.

Andreas Winter



Hotel Silber am Charlottenplatz mit besonders besucherfreundlicher Sperrzeit mittwochs: erst um 21 Uhr. Foto: Fintan Oehler

BEWEGEN II

Wir bringen die Stadt auf Trab!

■ In den letzten Jahren hat in der Sportpolitik in Stuttgart ein bemerkenswerter Prozess eingesetzt. War vor einigen Jahren das Ziel „nur“ die Stärkung der Vereine, wurde inzwischen erkannt, dass auch dem vereinsungebundenen Sport eine bedeutende Rolle zukommt. Und auch die Erkenntnis, dass der öffentliche Raum als Bewegungsraum gesehen werden muss, setzt sich immer mehr durch.

DIESES UMDENKEN: DAS ERGEBNIS GRÜNER POLITIK | Grüne Sport- und Bewegungspolitik wirkt also. Wir begleiten und stärken die Vereine in ihrem notwendigen Wandel hin zu modernen Dienstleistern, die weit mehr bereitstellen müssen, als dies der klassische Verein musste. Als Beispiel sei die Kooperation von Schule und Verein genannt. Diese neuen Aufgabenfelder brauchen Flexibilität, Verlässlichkeit und Unterstützung durch die Stadtpolitik.

Aber wir machen uns auch für Bewegung und Sport jenseits klassischer Vereinsstrukturen stark. Denn Sport und Bewegung sind Teil des städtischen Lebens in Stuttgart. Immer mehr Menschen kommen außerhalb klassischer Sportanlagen zusammen, um Sport zu treiben. Das geschieht oft ohne Anleitung oder ohne Vereinsmitgliedschaft. Mit dieser Entwicklung werden auch die Anforderungen an den öffentlichen Raum immer vielseitiger. Wir Grünen sehen den öffentlichen Raum schon seit jeher als einen Bewegungsraum, in dem Menschen mobil und aktiv sind. Dies bezieht sich

nicht nur auf Sportstätten oder -geräte, sondern auch auf attraktive Fuß- und Radwegenetze.

MASTERPLAN „URBANE BEWEGUNGS-RÄUME“ | Deswegen haben wir im letzten Haushalt Gelder für die Entwicklung eines „Stuttgarter Masterplans für urbane Bewegungsräume“ beantragt und eine Mehrheit dafür gefunden. Dieser Masterplan soll Strategien entwickeln, die Bewegung im öffentlichen Raum fördern und langfristig sichern sollen. Es geht dabei darum, Bewegung als Querschnittsthema in der Verwaltung zu verankern und bei der Planung des öffentlichen Raums Bewegung immer mitzudenken. Es sollen Potenziale in den Stadtbezirken gefunden werden: Wo können wir mehr Bewegungsflächen schaffen?

Hierzu soll in einem Beteiligungsprozess in den Stadtbezirken den Bürger*innen und Bezirksbeirat*innen die Möglichkeit gegeben werden, Impulse zu geben und Beiträge zu leisten. Denn gerade die Menschen vor Ort, die ihren Bezirk am besten kennen, können Potenziale für Bewegung im öffentlichen Raum benennen. Dieser Prozess beginnt jetzt und wird hoffentlich viele grüne Ideen aus den Bezirken ergeben. Vorbilder gibt's schon – etwa die Calisthenics-Anlage am Südheimer Platz oder den Wasen-Sport-Sommer. | **WIR BLEIBEN IN BEWEGUNG!**

Benjamin Lauber



Bloß Kerosin-Dezibel-Hotspot?

Der Verband Region Stuttgart (VRS) hat zusammen mit dem Kommunalen Arbeitskreis Filder 2017 eine Studie darüber in Auftrag gegeben, wie sich die „Mobilitätsdreh-scheibe Flughafen“ und die Landesmesse baulich weiterentwickeln könnten. Darin spielen Natur und Erholung nur noch eine untergeordnete Rolle. In der vorgeschalteten Standortanalyse aber werden alle wertvollen Eigenschaften des Filderraums aufgezählt. Zum Beispiel:

- der hervorragende Boden, der aufgrund seines hohen Speichervermögens sehr bedeutend für den Wasserhaushalt ist,
- die Biotopstrukturen mit ihren wichtigen ökologischen Trittsteinfunktionen,
- der hochwertige Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie
- die in großen Teilen bedeutsame Klimafunktion: „Für das Siedlungsklima der Filder sind Kaltluftentstehungsgebiete, Frischluftproduzenten und Luftleitbahnen von besonderer Relevanz.“

Um den Filderraum auch künftig als landwirtschaftliche Produktionsfläche zu erhalten, sei es unabdingbar, zusammenhängende Flächen mit guter oder sehr guter Bodenfunktion zu erhalten.

So weit, so bekannt. Doch die jetzt gezogenen Schlussfolgerungen daraus sind fatal. Szenario 1 sieht die künftige Entwicklung fast ausschließlich rund um den Stuttgarter Flughafen vor – ein regionales Zentrum, das weitgehend autark bestehen könne.

Szenario 2 legt die Dezentralisierung für die künftige Entwicklung zugrunde. Neue Flächen sollen im Umkreis von einem Kilometer um ÖPNV-Haltpunkte ausgewiesen werden und neue Zentren entstehen lassen.

Szenario 3 wird als „Nullvariante“ bezeichnet, beschreibt jedoch ein Horrorszenario, da eine unkoordinierte Entwicklung die Reduzierung des Freiraums auf wenige Restflächen unter Aufgabe landwirtschaftlicher Produktion führen würde. Die Krönung ist das Fazit: Es wird die Kombination von Szenario 1 und 2 vorgeschlagen.

Wir vermissen ein viertes Szenario: den Erhalt und die Weiterentwicklung des wertvollen Filderraums!

NATUR 4.0 | Die Vorgängerstudie 2006, die Teilraumuntersuchung Filder des VRS, hatte das Ziel: Natur erhalten und für die Erholung gestalten, als Ausgleich für Flughafen, neue Messe, S 21, Autobahn. Die Empfehlung damals: „Um wichtige und nicht mehr ausreichend große Freiraumelemente wieder aufzuwerten, sollte auch erwogen werden, an den neuralgischen Stellen langfristig eine Rückentwicklung der vorhandenen Bebauung vorzunehmen.“

In den jetzigen Szenarien geht es nur noch um Wachstumspotenziale im Filderraum, um Siedlungs- und Wirtschaftsflächenschwerpunkte einer „Mobilitätsdreh-scheibe“. Mit der großflächigen Versiegelung des Filderraums werden die wertvollen Böden unwiederbringlich zerstört. Und das Artensterben wird in der Studie erst gar nicht thematisiert! Sowohl der baden-württembergische Umwelt- als auch der Landwirtschaftsminister formulierten kürzlich, dass nicht genug gegen das Artensterben getan werde. Die Krefelder Studie zum Insektensterben zeige, dass es mehr Insekten gibt, je näher man landwirtschaftlichen Flächen kommt.

WIR GRÜNEN SAGEN: FINGER WEG VON DEN FILDERBÖDEN! | Für die Landwirtschaft sind langfristige Perspektiven zu entwickeln. Unsere Landschaftsräume dürfen nicht zu Inseln degradiert werden. Das ist weder weitsichtig noch zukunftsorientiert.

Beate Schiener



Der Regionalverband Stuttgart malt für den Filderraum drei fatale Szenarien an die Wand. Alle basieren auf der Annahme, dass der Flughafen das Potenzial habe, sich mit dem künftigen Filderbahnhof zu einer „Mobilitätsdreh-scheibe“ zu entwickeln – was der Ausweisung neuer Bau-gebiete Tür und Tor öffnet.

Filderlandschaft heute. Foto: Uwe Janssen

■ MIT WIRKSAMEN MASSNAHMEN WEITERE FAHRVERBOTE VERHINDERN!

Wiesbaden hat ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das Fahrverbote abwenden konnte. Der Gemeinderat dort war ernsthaft willens, die Luftqualität zu verbessern, und packte auch unpopuläre Maßnahmen an. Im Stuttgarter Gemeinderat lehnten CDU, Freie Wähler und FDP wirksame Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan wie Nahverkehrsabgabe oder Busspuren ab. Sie tragen damit maßgeblich Verantwortung für die Fahrverbote. Wir haben erneut einen Antrag gestellt (siehe www.lust-auf-stadt.de) für zusätzliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die zugleich drohende Fahrverbote abwenden können. Etwa Zuflusdosierung, höhere Parkgebühren, Busspuren. Wir sind gespannt, welche Stadträt*innen – allen voran der CDU – ernsthaft daran interessiert sind, weitere Fahrverbote abzuwenden. Unser Antrag steht nach den Osterferien zur Abstimmung.



Foto: Redaktion

LEBENSRAUM

Tierische Mitbewohner in Gefahr

Sie nisten an Fassaden und an Bahngleisen, haben sich ans Leben hier angepasst und sind bedroht. Das zeigen neue Untersuchungen.

■ **MEHR SCHLUPFLÖCHER FÜR LUFTAKROBATEN!** | Zu Stuttgarts Einwohnern zählen nicht nur rund 610.000 Menschen, sondern auch eine große Zahl und Vielfalt an Tieren. Besonders gut an menschliche Behausungen angepasst haben sich Schwalben und Mauersegler. Die ursprünglichen Felsenbrüter bauen ihre Nester fast ausschließlich unterm Dachtrauf an Hausfassaden (Mehlschwalbe), in kleinen Hohlräumen im Dach (Mauersegler) oder in Nischen in Kuh- und Pferdeställen (Rauchschwalbe). Bis in die 1960er hinein wimmelte es am Himmel von Schwalben, besonders in den damals noch ländlich geprägten Stadtteilen auf den Fildern, am Neckar und am Rande des Strohgäus. Mit der Intensivierung der Landwirtschaft, aber auch mit dem Wegfall landwirtschaftlicher Betriebe und dem Überbauen von Äckern und Wiesen kam der rapide Rückgang der Schwalben, die seit jeher als Frühlingsboten gelten. Der NABU Stuttgart macht schon seit vielen Jahren mit Ehrenamtlichen in den meisten Stuttgarter Stadtteilen Schwalbenzählungen und hat dies ausführlich dokumentiert. Nun hat das Amt für Umweltschutz mit aktuellen

eigenen Untersuchungen – auch zu Mauerseglern – weitere Erkenntnisse gewonnen. Fazit aller Studien ist, dass der Bestandsrückgang ungebrochen weitergeht und deshalb dringend Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen. Auch ins vielbeachtete Stuttgarter Artenschutzkonzept haben die Luftakrobaten Eingang gefunden. Zum Beispiel gibt es in Weilimdorf von 5.200 Gebäuden nur noch sechs, an denen Mehlschwalben brüten. Diese Hausbesitzer können in puncto Exklusivität stolz sein – einen Porsche vorm Haus haben deutlich mehr. Um speziell die Brutplätze zu schützen, muss bei Fassaden- und Dacharbeiten unbedingt Rücksicht genommen werden. Diese Arbeiten sollte man außerhalb der Brutzeit, also von September bis März ausführen. Enorm wichtig ist natürlich das Belassen vorhandener Schwalbennester – sehr hilfreich ist das Anbringen von Kunstnestern, die gerne angenommen werden, wenn sich das Haus in einem typischen Mehlschwalbenrevier im Umfeld von Ortskernen befindet.

Für Mauersegler sollten Einschupflöcher in die Dachhaut offen gehalten werden. Dabei kommt es zu Konflikten mit energetischen Anforderungen – wo ein Loch ist, entweicht Wärme. Doch auch hier gibt es bewährte Nisthilfen, die sowohl den Mauerseglern eine geeignete Brutstätte bieten, als auch den Wärmeschutzstandards entsprechen. Das Amt für Umweltschutz will die in Stuttgart tätigen Energieberater in dieser Hinsicht schulen. Gut wäre auch, wenn die Stadt mit ihren eigenen Liegenschaften Vorbild wäre und an Rathäusern, Schulen und Verwaltungsgebäuden solche Nisthilfen anbringen würde.

MEHR GRÜNLAND, MEHR INSEKTEN | Schwalben und Mauersegler brauchen aber nicht nur Nistplätze, sondern auch Insekten zum Fressen. Diese kommen jedoch nur dort vor, wo es keine versiegelten Flächen für Straßen, Gewerbe- und Wohngebiete gibt. Der Freiflächenschutz ist in Stuttgart für viele Tier- und Pflanzenarten von existenzieller Wichtigkeit. Die in Ställen brütende Rauchschwalbe ist besonders betroffen: Wo keine Felder, da gibt es auch keine Landwirte mit Kuh- und Pferdeställen – und



Mauersegler, Zauneidechsenpärchen.
Fotos: Klaus Roggel/Berlin, Rolf Gebhardt,
beide CC BY-SA 3.0



damit fehlt auch sie. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber keine Schwalben machen Stuttgart ärmer.

MEHR FREIRÄUME FÜR SELTENE EIDECHSEN | Stadtplanungsamt und Amt für Umweltschutz haben noch zwei weitere Untersuchungen zu tierischen Mitbewohnern vorgenommen – es handelt sich um die streng geschützten Reptilienarten Zaun- und Mauereidechse.

Letztere bereitet der Bahn beim Neubau des Abstellbahnhofs Untertürkheim Probleme. Rund 6.000 Mauereidechsen sind den Bauarbeiten im Weg. Die erwähnten Untersuchungen zeigten, dass es den wärme liebenden Mauereidechsen in Stuttgart relativ gut geht und sie sich sogar etwas ausbreiten, was sicher auch auf die bereits spürbare Klimaerwärmung zurückzuführen

ist. Klar, dass diese Tiere dennoch nicht einfach mit dem Bagger über den Haufen geschoben werden dürfen. Wir erwarten von der Deutschen Bahn AG eine arten- und tierschutzgerechte Lösung.

Sehr viel schlechter sieht es um die Zauneidechse aus. Diese Art nimmt deutlich ab, und ihr Erhaltungszustand gilt als ungünstig. Hauptlebensraum sind strukturreiche, trocken-warme Wiesen, Gebüsche, Grünflächen und Gärten. Weil die Art sich bevorzugt an diesen Rändern aufhält, heißt sie ja Zauneidechse. Dumm nur, dass die bürgerlichen Parteien und die SPD im Gemeinderat sich vorgenommen haben, gerade die Flächen an unseren Siedlungsrändern „behutsam zu bebauen“. Für Eidechsen und viele andere Arten ein wenig behutsames Todesurteil.

Clarissa Seitz



Foto: Fintan Oehler

■ SAUBER! HOCHDRUCK-TRAILER UND KAUGUMMI-ENTFERNER AM START

Alles neu macht der Mai! Jetzt bekommt er Unterstützung durch das Konzept „Sauberes Stuttgart“ des OBs. Zehn Millionen Euro gibt es dafür, jährlich. Plus knapp hundert neue Stellen – die meisten sind bereits besetzt. Die letzten Maschinen werden noch im April geliefert: Schwemmbalken, kleine und große Kehrmaschinen, Hochdrucktrailer für Pinkelacken, Kaugummi-Entfern-Fahrzeuge und dergleichen. Und vor allem in den Außenbezirken werden 1.000 Abfallkörbe aufgebaut. Dann wird der Vermüllung (neudeutsch: Littering) der Kampf angesagt – sie ist ein Problem, das sich in fast allen europäischen Großstädten zeigt. Wir sind gespannt! Klar ist uns aber auch: Das Konzept geht nur dann auf und die Stadt wird nur dann wieder richtig schön, wenn wir Bürger*innen mitmachen.



Unsere Wälder – die Holzernte muss dort künftig bodenschonender geschehen. Fotos: Fintan Oehler

WALD

Er gehört zu unseren wertvollsten Naturschätzen

Der Stuttgarter Wald ist Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsraum, Schadstoffpuffer, gut fürs Stadtklima. Passen wir besser auf ihn auf!

■ Das Thema Wald bewegt immer mehr Stuttgarter*innen. Es gründen sich neue Initiativen, Petitionen werden verfasst und auch zum Bürgerhaushalt werden etliche Anträge gestellt. Der Stuttgarter Wald steht vor großen Herausforderungen.

HARTE ZEITEN FÜR ESCHEN, FICHTE, BUCHE | Durch Schädlinge oder den Klimawandel verursacht, verschwinden so wichtige Baumarten wie Esche und Fichte. Sogar die Hauptbaumart Buche tut sich mit der zunehmenden Trockenheit schwer. Dazu mutiert der Wald immer mehr zum Freizeitpark: Downhill, Querfeldein-Radeln, Grillpartys, Drohnenflüge, nächtliches Jogging und Radfahren etc. sind weitere Stressfaktoren für den Wald und besonders für die Wildtiere. Das zentrale Diskussions-thema ist jedoch, wie die Stuttgarter Wälder in Zukunft forstlich bewirtschaftet werden sollen.

ENDLICH MITSPRACHERECHT FÜR FACHLEUTE AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT | Für diese wichtigen Fragen ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft bzw. der Fachleute, die mit dem Thema Wald zu tun haben, notwendig. Wir Grünen haben deshalb die Einrichtung eines Stuttgarter Waldbeirats mit angeregt und unterstützt. Über die Ausgestaltung und die Besetzung laufen noch Gespräche – das Gremium wird aber auf alle Fälle noch in diesem Jahr erstmals zusammentreffen.

Wir Grünen meinen, dass vor allem die im Folgenden aufgezeigten Ziele und Maßnahmen im Stuttgarter Wald verfolgt und umgesetzt werden sollten. Dabei darf aufgrund der zentralen Lage in einem großen Ballungsraum nicht die Rolle des Waldes als Wirtschaftsbetrieb im Vordergrund stehen, sondern Naturschutz, Naherholung und der Beitrag des Waldes zum Stadtklima.

WALDREFUGIEN VERDOPPELN, AUF BAUMVETERANEN UND EICHEN BESONDERS ACHTGEBEN UND BODENSCHONENDE TECHNIKEN EINSETZEN! |

Es sollten in Summe mindestens zehn Prozent der Waldflächen aus der Bewirtschaftung genommen und sich selbst überlassen werden, zum Beispiel in Waldrefugien oder Habitatbaumgruppen. Zurzeit sind es nur fünf bis sechs Prozent. Ein ganz wichtiges Ziel ist die Schonung von alten Bäumen. Durch die Verkehrssicherungspflicht entlang von Wegen sind in den letzten Jahren zahlreiche uralte Eichen und Buchen gefällt worden, die insbesondere für den Artenschutz (Bechsteinfledermaus, Schwarzspecht, Juchtenkäfer u. a.) überragende Bedeutung hatten. Mehr Naturschutz im Wald heißt nicht, einfach alle Bäume wachsen zu lassen. An bestimmten Stellen wie etwa im Rotwildpark oder auf flachgründigen Böden sollte der Wald gezielt aufgelichtet werden, damit vor allem die immer rarer werdende Eiche wieder

hochkommt und sich zu einem alten knorri-gen Baum entwickeln kann. Die lichtliebende und konkurrenzschwache Eiche ist eine Art Charakterbaum der Stuttgarter Wälder und Lebensraum zahlreicher seltener Tierarten, zum Beispiel des Hirschkäfers.

Was die Bürger*innen zu Recht empört, sind die massiven Bodenschäden, die mit Fäll- und Rückarbeiten einhergehen. Waldböden sind sehr empfindlich und brauchen Jahre der Regeneration, um ihre ursprünglichen Funktionen wiederzuerlangen. Der Einsatz bodenschonender Techniken bei der Holzernte, etwa Seilwinden, muss zukünftig Standard in den Wäldern von Stuttgart sein.

Clarissa Seitz

■ **WAS WIR IN DEN LETZTEN JAHREN FÜR DEN WALD ERREICHT HABEN:**

- Ausweisen von Waldrefugien, Habitatbaumgruppen.
- FSC-Zertifizierung läuft.
- FFH-Managementplan Glemswald–Stuttgarter Bucht.
- Etliche Maßnahmen des Artenschutzkonzeptes im Wald sind bereits in Umsetzung.
- Totholzanteil gestiegen, Einschlagsmengen gesunken: Es wächst mehr Holz nach als entnommen wird.
- Dauerhafte Sperrung von Straßen für den Kfz-Verkehr durch Waldgebiete zum Schutz insbesondere der Feuersalamander (Buowaldstraße bei Sillenbuch) und der Springfrösche (Vicinalweg im Naturschutzgebiet Greutterwald).
- Mehr Bürgerbeteiligung durch Einrichtung eines Waldbeirates.



Hoppenlau-Friedhof: Längst nicht mehr als solcher genutzt, bleibt er ein wichtiger Frei- und Erholungsraum. Foto: Fintan Oehler

FREIRAUM

Was tun mit freien Friedhofsflächen?

Mehr Urnen, weniger Särge, unterm Strich brauchen unsere Friedhöfe in Zukunft weniger Platz. Darauf müssen wir reagieren – und die Erweiterungsflächen von Friedhöfen bebauen? Oder sie als Freiflächen erhalten? Wir wollen dem Baukulturbericht folgen.

■ **VIEL SPRICHT FÜR DEN ERHALT DER GRÜNFLÄCHEN, ...** | Friedhöfe sind grüne Lungen der Stadt und dienen auch der Erholung. Weil sich die Bestattungskultur ändert, werden die vorgesehenen Erweiterungsflächen künftig nicht mehr für eine Friedhofsnutzung benötigt. Die CDU hat prüfen lassen, ob sich diese Flächen zur Wohnbebauung eignen. Die Stadtplaner haben daraufhin sehr differenziert dargestellt, wie wertvoll die vorgehaltenen Flächen für Natur und Mensch sind. Außerdem weisen sie hohe Bodenqualitäten auf und erfüllen bedeutsame Klimafunktionen. Weiterer Nachteil einer Bebauung: die gerade hier sehr langwierigen Planungsverfahren. Denn Flächennutzungsplan und Bebauungspläne müssten geändert und mehrere Gutachten zum Artenschutz, zur Erschließung etc. in Auftrag gegeben werden. Außerdem befänden sich die Erweiterungsflächen größtenteils in Privatbesitz.

... DOCH DIE ARGUMENTE WERDEN IGNORIERT. | Der Mehrheit im Gemeinderat waren diese Einwendungen egal, und der neue Prüfauftrag lautet: Wie viele Wohnungen könnten in welchem Zeitraum auf diesen (nun also geprüftermaßen wertvollen) Flächen in Plieningen, Stammheim, Feuerbach und Untertürkheim entstehen? Wir Grünen sehen darin vor allem eine unnötige Verschwendung von Planerkapazitäten und verweisen darauf, wie viele Jahre die Vorbereitung des Baus von 320 Wohnungen auf der landwirtschaftlichen Fläche Langenacker-Wiesert in Stammheim gedauert hat.

ERST DIE VORHANDENEN BAUFLÄCHEN UND -LÜCKEN ERSCHLIESSEN UND BEREITS BEGONNENE WOHNBAU-PROJEKTE VORANTREIBEN! | Wir rufen deshalb dazu auf, zuerst die schon vorhandenen Flächenpotenziale der Zeitstufenliste – ausreichend für 25.000 Wohnungen – zu entwickeln und baureif zu machen, bevor unsere grünen Lungen für eine Versiegelung vorbereitet werden. Zusätzlich könnten 2.600 Baulücken bebaut und leerstehende Wohnungen aktiviert werden. Organisatorisch ließe sich einiges bewegen, wenn zielstrebig vorgegangen würde! Die jüngste Diskussion über Wohnungsbau am Neckar rund um das Wasserwerk mit rund 2.500 Wohnungen bindet genauso personelle Kapazitäten wie die Vorbereitung des Eiermann-Geländes in Vaihingen für 5.000 Personen oder die planerische Be-

treuung des Projekts Plieningen Straße 140, eine Nachverdichtung durch Überbauung von Parkplätzen für rund 4.000 Arbeitsplätze in Möhringen. Auch die Entwicklung des EnBW-Areals Hackstraße am Stöckach für 500 Wohnungen muss durch die Stadtplaner begleitet werden. Nicht zu vergessen das Rosensteinquartier. Zudem läuft derzeit eine Dichtestudie zur Gewinnung von Wohnraum. Und unlängst, im Februar, wurde das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum zur Miete bei Ausbau von Dach- und Gartengeschossen etc. beschlossen. Man sieht, es gibt viele Möglichkeiten für die Gewinnung von Wohnraum, ohne wertvolle Freiflächen zu versiegeln.

INNEN VOR AUSSEN: ZEITGEMÄSSE BAUKULTUR! | Unterstützung finden wir im jüngsten Baukulturbericht 2018/19 der Bundesstiftung Baukultur in Potsdam. Darin ist beschrieben: „Eine langfristig nachhaltige Entwicklung kann nur aus dem Bestand heraus erfolgen. Wir müssen dies nur erkennen und nutzen. Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut von außerordentlicher gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Umbaukultur geht über die rein ökonomische Bewertung hinaus und beinhaltet gesamtgesellschaftliche und ökologische Interessen. Zeitgemäße Lösungen leisten einen Beitrag zur ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit.“ Das ist unser Ziel für Stuttgart.

Beate Schiener



AUS DEN BEZIRKEN:
S-NORD

Schon wieder Abholzungen im Stadtgebiet!

Büsche und mehrere Bäume sind im Februar gerodet worden. Wir sind den widerrechtlichen Vorgängen nachgegangen.

■ Im Stuttgarter Norden ist im Auftrag der Stadt wiederholt Gehölz abgeräumt worden, ohne dass die nötigen Genehmigungen vorlagen. Wir haben bei der Stadtverwaltung nachgefragt, wie es zu diesen Abholzungen gekommen ist. Dabei machten wir klar, dass wir dieses Vorgehen nicht tolerieren und Vorschläge erwarten, wie solche Fällungen künftig vermieden werden können.

SCHUTZSATZUNG MISSACHTET | Das betroffene Gebiet liegt zwischen Friedrich-Ebert-Straße und „Auf der Kanzel“ an einem Hang. Die Vegetation auf diesem recht steilen Gelände schützt die unterhalb liegenden Häuser sowohl vor abfließendem Regenwasser, als auch vor dem Lärm der nahen Straße, und sie ist Brut-, Nist- und Lebensraum für viele Vogelarten und Insekten. Im Februar wurden auf diesem Grundstück mehrere Bäume gefällt und reichlich Büsche entfernt. Die Bäume fielen überwiegend unter die städtische Baumschutzsatzung.

Diese stellt Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 Zentimetern und mehr unter Schutz. Geschützt sind Bäume, die das Landschaftsbild beleben und gliedern, zur Verbesserung der Lebensqualität und des Klimas beitragen, die Lebensfähigkeit des Naturhaushalts sichern und fördern und der Luftreinhaltung dienen. Alles dies erfüllten die Bäume an diesem Hang.

Nur Bäume, die nachweislich krank oder morsch sind, dürfen mit Genehmigung gefällt werden – und diese Genehmigungen liegen hier nicht vor.

Da es in den letzten Jahren immer wieder im definierten Gebiet des Geltungsbereichs der Baumschutzsatzung zu Baumfällungen gekommen ist, haben sich die Anwohner*innen in diesem Fall frühzeitig an die Stadt gewandt und ihre Bedenken vorgetragen. Trotzdem wurde mit dem Fällen begonnen – die dann durch das persönliche Engagement von Bürger*innen gestoppt wurden.

Wir nehmen dieses Vorgehen in der Stadt nicht hin. Es kann nicht sein, dass es einerseits eine gesetzliche Vorgabe durch die Baumschutzsatzung gibt und darüber hinaus ein Programm des Oberbürgermeisters, das die Pflanzung von 1.000 Bäumen in der Stadt veranlasst, um Stadt und Stadtklima aufzuwerten – und parallel dazu städtische Bäume und Gehölze gefällt werden.

NACHSITZEN? MINDESTENS NACH-PFLANZEN! | Mit diesem Vorgehen konterkarieren die Verantwortlichen die Ziele der Stadt, dem Schutz der Natur und dem Erhalt der Stadtbäume eine besondere Stellung einzuräumen. Wir erwarten von der Stadtverwaltung eine ausführliche Klärung des Sachverhalts und den Nachweis, dass es zu einem Ausgleich des Schadens kommt. Die Baumschutzsatzung gibt hier eindeutige Vorgaben.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



Foto: Redaktion



SILLENBUCH

■ CDU, SPD UND ST. FLORIAN SEI'S GEDANKT!

Weder Freie Aktive Schule noch Kita kommen auf die Bernsteinwiese in Heumaden. Alle Fraktionen außer uns Grünen und SÖS-Linke wollen ein städtebauliches Entwicklungskonzept für die Gebiete Schwellenäcker, Über der Straße, Schwarzäcker und Brücklesäcker. Wo Schule und Kita am Ende landen, ist offen. Sicher ist nur, dass allen voran CDU und SPD weitere wertvolle Böden versiegeln wollen. Für uns ist klar: Werden die Schwellenäcker bebaut, wollen wir wenigstens die Bernsteinwiese schützen. Denn wer garantiert, dass in zwei Jahren nicht auch sie bebaut wird?





Villa Berg: Den Park renaturieren!

Taktieren für einen Neubau, verdeckt vom sozialen Mäntelchen. Grünflächen vs. Pflegeplätze, Bürgerbeteiligung vs. Fördergelder? Da spielen wir nicht mit!

■ Lange haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Villa Berg und ihr Park wieder in städtischen Besitz übergehen und den Bürger*innen zurückgegeben werden. Nun kam eine ungewöhnliche Koalition zusammen, um eine Neubebauung doch noch durch die Hintertüre durchzusetzen – gegen den ausdrücklichen Wunsch von Bezirksbeirat und Bürgerbeteiligung. Die CDU hat sich, unterstützt von FDP und den Freien Wählern, mit SÖS-Linke-PluS zusammengetan, um mit sozialem Mäntelchen die Fläche der ehemaligen Fernsehstudios des SWR nach dem Abriss nicht – wie mehrfach vom Gemeinderat versprochen – dem Landschaftspark zurückzugeben, sondern nun doch wieder zu bebauen. Diesmal nicht mit Luxuswohnungen, sondern mit (Luxus-)Pflegeplätzen.

PLATZ FÜR PFLEGE IST EBENSO EIN MUSS ... | Ja, es fehlen Pflegeplätze in unserer Stadt. Das hat auch die Fortschreibung der Kreispflegeplanung 2030 wieder gezeigt. Aus diesem Grund forcieren wir seit Langem eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Ämter. Pflege muss, wie auch Kinderbetreuung, bei neuen Wohngebieten selbstverständlich mitgedacht werden. Das klappt zunehmend – die Zusammenarbeit hat sich deutlich verbessert, und beim zweiten Suchlauf 2018 konnten 31 potenzielle Standorte gefunden werden. 2016 waren es noch elf. Als nächster wichtiger Schritt muss nun ab einer gewissen Größe die Erstellung von Pflegeplätzen, wie bereits für Kinderbetreuung, im Stuttgarter Innenentwicklungsmodell SIM verpflichtend festgelegt werden. Und dass zum Beispiel auch auf Einzelhandelsflächen Pflegeplätze möglich sind, zeigt der Neckarpark. Eine entsprechende Überprüfung solcher Flächen, die gegebenenfalls aufgestockt werden können, haben wir beantragt. Auch hier muss die mögliche Eignung in Bezug auf Pflege mitgedacht werden.

... WIE FÜR NAHERHOLUNG.

ABWÄGEN IST ANGESAGT. | Gerade bei dem hohen Druck, der in Stuttgart auf freie Flächen herrscht, braucht es ein Abwägen mit Maß und Verstand, um notwendige Bedarfe wie Wohnraum, Gewerbeflächen, Gemeinbedarfe und eben auch Kulturgüter und Naherholungsflächen zu berücksichtigen.

In dem denkmalgeschützten Park der Villa Berg sehen wir keinen geeigneten Standort – nicht nur aufgrund der fehlenden Infrastruktur. Wurden hier doch in einem langen Bürgerbeteiligungsprozess Ideen entwickelt, die sich auch auf die Wiederherstellung des Parks bezogen. Zudem sind Grünflächen für alle Bürger*innen, gerade in so verdichteten Stadtteilen wie Stöckach, Raitelsberg und Ostheim, unverzichtbar. Es wird Zeit, dass diese Wunde, die der SWR in den historischen Park geschlagen hat, endlich wieder geschlossen wird – und sie nicht, nur um weitere Fördermittel des Landes zu bekommen, endgültig im wahrsten Sinne des Wortes zu zementieren.

Dafür sind uns Villa und Park zu wichtig! Zum einen stehen sowohl die Villa als auch der Park nicht umsonst unter Denkmalschutz, sind sie doch zusammen ein besonderer Teil der Stadtgeschichte und Identität aller Stuttgarter*innen. Und zum anderen ist der Park als Naherholungsort für die Bürger*innen, aber auch als Rückzugsort für Tiere und Pflanzen ein wichtiger Naturraum. Und nicht zuletzt:

SO GEHT MAN MIT BÜRGERBETEILIGUNG NICHT UM! | Jahrelang haben sich viele engagierte Bürger*innen aus ganz Stuttgart in verschiedenen Konstellationen und Gruppen intensiv Gedanken gemacht über die Neugestaltung und spätere Nutzung von Villa und Park. Wir nehmen Bürgerbeteiligung ernst und bleiben bei unserer Haltung, den Bürger*innen neben der Villa auch den Park wieder zurückzugeben!

Petra Rühle



**DAS
STADT
BLATT**

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER, gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen. Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner*innen DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach ein Mail an gruene.fraktion@stuttgart.de. Wir finden, grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.



BAD CANNSTATT

Das Herzstück des Neckarparks

■ Hinter der Kulturinsel sollen mehrere hundert Wohnungen, Straßen mit verkehrsberuhigten Bereichen, E-Ladesäulen und Carsharing-Plätzen, Grünzonen mit Bäumen und begrünten Dächern entstehen. Auf einer Industriebrache entsteht ein moderner Stadtteil. Wichtig für uns Grüne ist, dass die Stichstraßen bereits so angelegt werden, dass sie später leicht in Spielstraßen umgewandelt werden können, dass der Stellplatzschlüssel 0,75 Autos pro Wohnung nicht überschreitet und dass die Hanna-Henning-Straße ohne Schwellen gebaut wird. Da hier modernes Wohnen in der Stadt verwirklicht wird, stimmten wir dem Auslegungsbeschluss zu, der das Baugebiet weiter voranbringt. Unverständlich die Ablehnung der CDU im Bezirksbeirat. Sie stützte sich vor allem auf den Veranstaltungslärm vom Wasen – als wäre er in den letzten Jahren nicht (auf grünen Antrag) reduziert worden und als gäbe es Maßnahmen wie den Lärmriegel entlang der Benzstraße nicht.

WORKSHOP ZUR ZUKUNFT DER KULTURINSEL | Das künftige Zentrum der Wohnbebauung liegt direkt an und hinter der Kulturinsel. Über deren Nutzung und Belegung fand Ende 2018 ein gut besuchter Anwohner*innen-Workshop statt. Den verschiedenen Arbeitsgruppen war wichtig, dass die Kulturinsel bleiben, weiterhin kulturelle Arbeit leisten und Veranstaltungen auch für die Bürger*innen des Neckarparks anbieten soll. Andererseits gab es auch Stimmen, die sich über den Lärm bei Veranstaltungen beschwerten. Doch die Kulturinsel muss wirtschaftlich betrieben werden können – auch Clubveranstaltungen gehören daher dazu. Vereinbart wurde, dass die Kulturinsel ein Mal pro Monat eine Veranstaltung mit bis zu 300 Besucher*innen durchführen kann.

Baulich bietet die Kulturinsel derzeit ein trauriges Bild, denn die alte Güterabfertigungshalle wurde abgerissen. Jetzt gilt es auch hier, neu zu bauen, denn die Bürger*innen sprachen sich mehrheitlich für ein geschlossenes Ensemble aus.

Andrea Münch



Nicht mehr wegzudenken: Kulturinsel am Neckarpark. Fotos: Andrea Münch, Fintan Oehler

S-WEST

Olga-Areal: Modellquartier auf der Zielgeraden



Bezahlbar wohnen, ökologisch, mit viel Grün und lebendigem Miteinander? Mehr davon!

■ Der Auszug des Kinderkrankenhauses Olgäle ermöglichte, im Stuttgarter Westen ein modellhaftes Stadtquartier zu planen. Eckpunkte waren: bezahlbarer Wohnraum, hohe ökologische Standards, ein zukunftsweisendes Verkehrskonzept, mehr Grünflächen und ein lebendiges Miteinander der Bewohner*innen. In einem langen, intensiven Prozess zwischen Bürgerschaft, Verwaltung, Planer*innen, Bezirks- und Gemeinderat entstand das Konzept.

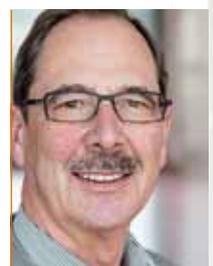
Gebaut werden durch mehrere Bauträger 224 Wohneinheiten, von denen über die Hälfte öffentlich gefördert werden. Sieben Gebäude werden von Baugemeinschaften errichtet, die sich mit einem architektonischen und sozialen Konzept bewarben und die Grundstücke zum Verkehrswert kaufen konnten. Neben einem Supermarkt, kleineren Gewerbeeinheiten und Gastronomie entsteht auch eine Kindertagesstätte mit sechs Gruppen und ein Stadtteil- und Familienzentrum. Dies wäre aber durch Versäumnisse der Verwaltung fast gekippt worden. Denn plötzlich hieß es letzten Herbst, die vorgesehene Fläche sei zu klein, es könne nur ein kleiner Nachbarschaftstreff realisiert werden. Intensive Beratungen unter Beteiligung des Vereins Olgäle 2012, des Bezirksvorstehers und zuletzt durch den Einsatz der grünen Gemeinderätin Gabriele

Nuber-Schöllhammer konnte dies rückgängig gemacht werden. Derzeit wird ein Träger für die Einrichtung gesucht.

DAS HOLZHAUS WAR ALS ERSTES FERTIG. | Die Gebäude werden jetzt nach und nach bezogen. Begonnen hat die Baugemeinschaft MaxAcht. Ihr Holzgeschosshaus war als erstes gebaut. Bis Spätsommer sollen alle Gebäude bezugsfertig sein. Bis dahin sind auch die Freiflächen gestaltet, der neue Platz an der Hasenbergstraße mit Spiel- und Aufenthaltsfläche und vielen Bäumen. Entlang der Schloßstraße wird der Vorbereich zum Flanieren einladen; das Areal kann zu Fuß durchquert werden. Einziger Wermutstropfen ist die ungeklärte Kreuzungssituation Schloß-/Senefelderstraße. Hier muss noch einmal geprüft werden, ob ein Kreisverkehr mit einer sicheren Querung für Fußgänger*innen realisierbar ist.

DAS WIRD GEFEIERT! | Eine lange Planungs- und Bauzeit geht zu Ende. Der Westen freut sich auf sein neues Modellquartier und wird dies im Herbst sicher auch entsprechend feiern.

Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West





BAD CANNSTATT

■ ÖFFENTLICHES URINIEREN AM WASEN? WÄNDE HER!

Nach Beschwerden aus der Bevölkerung, weil die Männer an der Pinkelwand in aller Öffentlichkeit mit bloßgelegtem Geschlechtsteil stehen – gut sichtbar für Wasenbesucher am Abgang der Treppe vom Wasendamm, haben wir das Problem bei der Veranstaltungsgesellschaft in.stuttgart vorgebracht. Diese hat nun unseren Vorschlag aufgegriffen und wird eine Sichtschutzwand an dieser Stelle aufstellen. Damit Wasen-Besucher*innen nicht mehr gezwungenermaßen und unfreiwillig die urinierenden Männer in den Blick kriegen. Besten Dank dafür an in.stuttgart, die prompt reagiert hat! *Silvia Fischer*



Foto: Martin Vorel



UNTERTÜRKHEIM

Freiwillige Feuerwehr hofft weiterhin auf Neubau

■ AREAL KÄLTE-FISCHER: PLATZ FÜR WOHNEN, ARBEITEN UND AUCH FÜR DIE NEUE WACHE!

Bereits 2018 haben wir mit unserem Antrag zum „Kälte-Fischer“-Areal darauf aufmerksam gemacht, welches großes Potenzial das an der Augsburger Straße liegende, über 5.000 Quadratmeter umfassende Areal für die künftige städtebauliche Entwicklung in Untertürkheim hat. Es bietet Platz für Wohnen und Arbeiten, aber auch für einen neuen Standort der Freiwilligen Feuerwehr. Der derzeitige liegt an der Hindelanger Straße mitten in einem Wohngebiet, muss saniert werden und entspricht nicht heutigen Anforderungen. Eine Sanierung an diesem Standort erscheint uns nicht sinnvoll. Wir haben uns daher gefreut, dass die Branddirektion nach einer Besichtigung das Kälte-Fischer-Areal als sehr geeignet für einen Neubau der Freiwilligen Feuerwehr einstuft.

Im Frühjahr 2019 kam dann aber der Rückschlag, als wir erfuhren, dass das Areal inzwischen verkauft worden war. Positiv ist zwar, dass die Stadt mit dem neuen Eigentümer bereits Gespräche geführt hat, dieser die Ziele des Masterplans Untertürkheim berücksichtigen möchte und Wohnraum

schaffen will. Für einen Feuerwehrsneubau schien es aber keine Aussicht mehr zu geben. An einen Grundstückstausch wurde bislang allerdings nicht gedacht. Möglich wäre ja, nur auf einem Teil der Fläche Wohnungen zu bauen und auf einem anderen das neue Feuerwehrhaus zu errichten. Der heutige Feuerwehr-Standort könnte im Gegenzug dann ebenfalls mit Wohnungen bebaut werden.

VORBILD FEUERWACHE 5 | Nicht nur von den anderen Fraktionen, sondern auch von der Stadtverwaltung ist diese Idee positiv aufgenommen worden. Im Weiteren soll daher diese Option nochmals mit dem neuen Eigentümer diskutiert werden. Wir hoffen, dass wir so vielleicht doch noch eine Lösung für die Feuerwehr finden und dennoch neuer Wohnraum geschaffen werden kann. Natürlich gilt es dann zu prüfen, wie man den Lärm in den Griff bekommt. Dies ist aus unserer Sicht baulich lösbar und möglich, wie der geplante Neubau der Feuerwache 5 in Möhringen zeigt.

Björn Peterhoff

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen. Eine kleine Auswahl.

■ Proberäume für Musiker*innen sind in Stuttgart ein stark nachgefragtes Gut. Und jetzt muss auch noch die Musikinitiative Rock (MIR) aus ihren Räumen im Stadtteil Feuerbach raus, in denen in den letzten 40 Jahren viele Bands viel Spaß hatten. Neue Räume wurden der MIR zwar angeboten, die sind aber teurer. *Andreas Winter* macht sich für den **ERHALT DER PROBERÄUME** stark.

DURCH ZUSÄTZLICHE WIRKSAME MASSNAHMEN FAHRVERBOTE VERHINDERN will *Björn Peterhoff*. Im Antrag wird auch das Phänomen des Pharisäertums angesprochen. Nach Wikipedia sind Pharisäer Personen oder Institutionen, die in kleinlicher Weise Kritik üben und dabei den Zusammenhang vernachlässigen. Also zum Beispiel eine Partei, die sowohl die Einführung von Fahrverboten mitbeschlossen als auch wirkungsvolle Maßnahmen zur Senkung der Luftschadstoffbelastung blockiert hat, heute aber gegen Fahrverbote polemisiert und demonstriert. In der Hoffnung, dass ein Stimmungswandel in der Bevölkerung auch an dieser Partei nicht unbemerkt vorüberzieht, werden wirkungsvolle Maßnahmen, die früher von einer Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt wurden, nun erneut zur Abstimmung gestellt: Busspuren, Tempo 40 auf zusätzlichen Steigungsstrecken, Radverkehrsmaßnahmen, Erhöhung von Parkgebühren und viele weitere mehr.

Vor Kurzem wurde Stuttgart als eine der ersten Smart-City-Städte Deutschlands anerkannt. Wenn Sie nun wissen wollen, was das jetzt bedeutet: Die Frage stellen wir auch. Im Antrag **SCHWERPUNKT DIGITALISIERUNG – WIE IST DER WEG DAHIN?** erkundigt sich *Silvia Fischer*, wie sich die Stadt auf die digitale Zukunft vorbereitet. Wie könnte eine digitale Vernetzung zwischen Stadt, Wirtschaft, Wissenschaft und privatem Sektor aussehen? Wo kommen auch kritische Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Digitalisierung zur Sprache? Wie können Sorgen über den gesellschaftlichen Wandel aufgegriffen und die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung in unserer Stadt thematisiert werden?

BEIM BÄDER-ENTWICKLUNGSPLAN NACHSTEUERN will *Andreas Winter*. Mit dem Plan hatten die Bäderbetriebe neue Belegungs- und eingeschränkte Öffnungszeiten vorgeschlagen, die unter den Badefreund*innen für sehr viel Unruhe sorgte. Als Gründe für die vorgeschlagene Einschränkung der Öffnungszeiten und der Sommerschließung mancher Bäder führen die Bäderbetriebe den hohen Bedarf an Schwimmflächen für Schulen und Vereine und fehlendes Personal an. Wir haben darauf hingewirkt, dass der Plan dieses Jahr noch nicht umgesetzt wird, und haben Vorschläge gemacht, wie durch die Kooperation von örtlichen Vereinen und der Öffentlichkeit Einschränkungen vermieden werden könnten.

Jeder kennt das: An vielen Kreuzungen in der Stuttgarter Innenstadt kann es schon mal vorkommen, dass man etwas länger warten muss. Darum haben sich Verkehrsforscher etwas von der Natur abgeguckt:

AMEISENLOGIK IN DER VERKEHRSPLANUNG. Entsprechend der Anordnung von Ameisenverkehrswegen soll die Ampelsteuerung vieler Kreuzungen dezentral und autonom gesteuert werden, um Wartezeiten für Fußgänger*innen, Autofahrer*innen, ÖPNV und Radfahrende zu verringern. *Gabriele Munk* hat beantragt, dass die Verwaltung die autonome Steuerung einer großen und einer kleineren Kreuzung mit Ameisenlogik als Pilotprojekt testet.

Das urbane Sommerfestival „Stuttgart am Meer“ war eines der größten Highlights des Jahres 2018 in der Stadt, wie auch die Stuttgarter Zeitung rückblickend am Jahresende feststellte. Dem Festival war es gelungen, die Landeshauptstadt in einer neuen, lebenswerten, spannenden und interessanten urbanen Perspektive zu präsentieren und städtebauliche Impulse für ein Mehr an Wasser in der Stadt zu setzen. *Andreas Winter* beantragt, dass **„STUTTGART AM MEER“ AUCH 2019** stattfindet.

Die Allianz verlagert ihren Firmensitz nach Stuttgart-Vaihingen. Bis der Standort dort ausgebaut ist, bleiben die Büros noch die nächsten fünf Jahre im Stuttgarter Westen. Der Hauptstandort an der Silberburg-/Reinsburgstraße und weitere Liegenschaften der Allianz an der Buschlestraße und der Hermannstraße wurden zwischenzeitlich verkauft, und der in Stuttgart leider üblich gewordene Spekulations- und Preissteigerungskreislauf hat auch hier schnell eingesetzt. Dass nun jedoch mit dem **ALLIANZ-AREAL IM STUTTGARTER WESTEN** etwas passieren wird und muss, ist klar. *Gabriele Munk* fordert, dass das „Wie“ der Gemeinderat bestimmen und das Heft der Gestaltung und der Planung frühzeitig in die Hand nehmen muss.

Martin Steeb

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de/antraege.

Woran erkennt man, dass Kommunalwahl ist?

■ **ANTRÄGE RAUSHAUEN UND DEM KUHN EINS MITGEBEN, AUSRUFZEICHEN** | Wir haben ein paar Indikatoren für Sie zusammengestellt:

1. Es wird heftig demonstriert. Mitunter finden zwei, drei Demos am selben Tag und fast am selben Ort statt, für Fahrverbote, gegen Fahrverbote, für bezahlbare Wohnungen, freie Fahrt für Taxis, für Europa. Vieles davon sehr berechnete Anliegen, keine Frage. Die einen rufen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man unsern Diesel klaut!“ Die anderen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut!“ Klar, dass wir mit ersteren nie und nimmer, dafür umso lieber mit den Schüler*innen von Fridays for Future auf die Straße gehen.
2. Manche Fraktionen oder Gruppierungen im Rathaus hauen jetzt Anträge raus ohne Ende – wobei unklar bleibt, ob dies dem Wahlkampf geschuldet ist oder der Tatsache, dass diese Arbeit in der Vergangenheit nicht gemacht wurde.
3. Es wird härter und tendenziöser formuliert, dem OB und der Verwaltung – vor die wir uns

hier ausdrücklich stellen – werden ebenso gern wie unbegründet Versäumnisse vorgeworfen. Mächtig Ausrufezeichen werden gesetzt, Vorwahlzeiten sind geradezu eine Hochzeit für Ausrufezeichen!! Ach, übrigens: OB-Wahl ist erst nächstes Jahr.

4. Die Politikfelder sortieren sich klar: Um das Klima will sich eine Gruppe kümmern, die seit mindestens zehn Jahren keine Partei sein will, zur nächsten Wahl aber wieder antritt. Die andere versucht, sich – wie seit Jahrzehnten immer kurz vor den Wahlen – zur Retterin der Mieter*innen und diesmal auch noch des Klimas aufzuschwingen. Klar ist auch, wer die eigentliche Autofahrerpartei ist und gegen Busspuren, für freie Fahrt und für lange Tunnel steht. Ziemlich unbeeindruckt übrigens von den Kosten dieser Bauwerke, die wie beim Rosentunnel gerade explodieren.
5. Und zu schlechter Letzt: Es wird schärfer und immer öfter unterhalb der Gürtellinie geschossen.

GEGEN HYSTERIE UND POPULISMUS, FÜR POLITISCHE KULTUR | Wir versuchen, uns nicht davon anstecken zu lassen und nicht unter Niveau zu agieren. Wir werden uns mit unseren politischen Gegner*innen sachlich und fair auseinandersetzen und wollen in ihnen immer auch den Menschen sehen und respektieren. Wir meinen:

Zu viel Hysterie, zu laute Anwürfe, zu viel Populismus schaden unserer Gesellschaft und untergraben die politische Kultur in unserer Stadt.

Andreas Winter

Foto: Redaktion



DAS STADTBLATT | APRIL 2019 | IMPRESSUM

Herausgeber*innen: Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas Winter

Titelfoto: Andreas Kraft

Redaktion: Petra Rühle und Andreas Winter (verantwortlich), Nicole Rogalski, Martin Steeb
Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart
 Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
 Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727
 Telefax 0711 216-60725

Geschäftsstelle:
 Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Rogalski, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:
gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: UWS | Druckhaus Stil, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier
DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:
www.lust-auf-stadt.de

